

# Konzepte der ökonomischen Selbstverwaltung in Rojava

Perigan Eraslan

Einreichung für den Momentum Kongress 2022

# Inhalt

Einleitung	4
Konzepte der Selbstverwaltung	7
Rätedemokratie und Fabrikkomitees in Russland Kriegskommunismus Fabrikkomitees	8
Arbeiter_innenselbstverwaltung in Jugoslawien	12 13
Syndikalismus Syndikalismus am Beispiel von Mondragón Struktur	16 18
Politische Ökologie	22
André Gorz und die Norm des ausreichenden	
Murray Bookchin	26
Demokratischer Konföderalismus	27
Westkurdistan unter dem Baathismus	30
Arabischer Frühling Beginn der Autonomen Administration	
Rojavas Räte	35
Rojavas Ökonomie	37
Kriegswirtschaft	43
Von der Geldwirtschaft zur Naturalwirtschaft	45 46 48
Partizipation	
AUSTHICK	54

Literatur	55
Anhang	47

# **Einleitung**

Durch den Angriff der Türkei auf Afrin im März 2018 (Operation Olivenzweig) wurden die kurdischen Volks-/Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ lokal stark geschwächt und mit dem Angriffskrieg im Herbst 2019 (Operation Friedensquelle) aus weiten Teilen der Region vertrieben. Diese Angriffe werden als völkerrechtswidrig eingestuft, von Seiten der Türkei wird sich auf Selbstverteidigung gegen die terroristische Gefahr durch die PKK berufen. Inzwischen wird ein "Krieg auf niedriger Intensität" (Wimmer; 2022), der sich auf Raketen- und Drohnenangriffe beschränkt, geführt. Die von linken kurdischen Kräften errichteten Strukturen der kommunalen Verwaltung sind allerdings immer noch aufrecht. Es ist daher davon auszugehen, dass der Abdruck, den die kurdische Freiheitsbewegung in Rojava hinterlassen hat, noch einige Zeit erhalten bleiben wird. Wie dieser Abdruck zu Stande gekommen ist und wie dieser Prozess einzuordnen ist möchte ich in dieser Arbeit behandeln.

Das Projekt Rojava ist eine emanzipatorische, feministische Verwaltungsform eingepfercht zwischen den denkbar reaktionärsten Kräften des Nahen und Mittleren Ostens. Spätestens seit der erfolgreichen Verteidigung der Stadt Kobanê gegen den Islamischen Staat 2014 ist auch die Weltöffentlichkeit auf die kurdische Freiheitsbewegung aufmerksam geworden, Auseinandersetzungen mit der Politik Kurdistans blieben allerding meist oberflächlich. Der kurdische Freiheitskampf wird auf Faszination mit den Kämpferinnen der YPJ reduziert, die ähnlich der Amazonen-Garde des ehemaligen libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafis als Blickfang für liberale Medien utilisiert werden. Die YPJ-Kämpferinnen sind gewiss kein feministisches Feigenblatt für Rojava wie es die Amazonen waren, jedoch blieben viele politische Faktoren und

Errungenschaften außen vor, zu Gunsten eines exploitativen Frauengegen-Jihadisten-Narratives. Der Aufbau der Selbstverwaltungsstrukturen
mit einem feministischen Pendant auf fast jeder Verwaltungsebene, in
Zusammenarbeit vieler verschiedener Volksgruppen inmitten von Bürgerkriegswirren ist ebenso beeindruckend wie die bewaffnete Verteidigung
dieser Strukturen.

Der Beginn des Projektes Rojava, wie es in dieser Arbeit beschrieben ist, war der Rückzug der syrischen Regimetruppen 2012, allerdings muss für ein präziseres Verständnis weiter zurückgegriffen werden. Zunächst werde ich die jüngere Geschichte und Geografie der Region beschreiben. Dafür ist eine Auseinandersetzung mit dem Baathismus und der Politik der Baath-Partei unerlässlich. Die Repression die Kurd\_innen und andere Minderheiten durch diesen namentlich sozialdemokratischen Panarabismus erfahren haben ist wichtig, um zu erfassen, wie und warum die Autonome Administration Rojavas ein Gegenmodell darstellt. Dem folgen der Machtwechsel und ein Blick auf die Strukturen und die Ökonomie der westkurdischen Kantone.

Zentrale Absicht dieser Arbeit ist es die Selbstverwaltung Rojavas im Hinblick auf frühere Selbstverwaltungskonzepte und die politischen Strömungen, die diese begleiteten zu kontextualisieren. Dafür werde ich auch vergangene Beispiele beziehungsweise Versuche ähnliche Strukturen aufzubauen beleuchten. Zum einen die sowjetischen Fabrikkomitees und die frühe UdSSR. Sowohl in Westkurdistan als auch in Russland entstanden Rätestrukturen in einer von Bürgerkrieg und Instabilität geprägten Phase, was eine spannende Referenzfolie bietet. Anhand jenes Beispiels erschließt sich der Aufbau und fast zeitgleiche Verfall autonomer Strukturen und die Umstände die diese Entwicklungen bedingten. Rojava entstand im Vergleich zu vielen anderen realsozialistischen Projekten in einer Zeit ohne starken Ostblock, ähnlich wie Titos Jugoslawien nach dem Bruch

mit Stalin eine eigenständige Außenpolitik für die junge Republik aufbauen musste, ohne die Krücke der UdSSR im Hintergrund. Die jugoslawische Arbeiter\_innenselbstverwaltung die in dieser Zeit entstanden ist, bietet ebenso eine relevante Vergleichsfläche zu Rojava. Ebenso sind Syndikalismus und Politische Ökologie näher zu beleuchten, damit die theoretische und ideologische Einbettung der kurdischen Kräfte nachvollziehbar gemacht werden kann. Im Anschluss beschäftigt sich diese Arbeit mit der Kriegswirtschaft und den Ausführungen Otto Neuraths zu dem Thema. Da sich die Verteidigungseinheiten der Region seit ihrer Ausrufung beinahe durchgehend in kriegerischen Auseinandersetzungen befanden, ist auch dies in eine Analyse miteinzubeziehen.

# 1 Konzepte der Selbstverwaltung

Konzepte der Selbstverwaltung finden ihren Ursprung in der Generation der Frühsozialisten aus dem 18. Jahrhundert, wobei dies dezidiert die theoretische Konzeption meint. Autonome Verwaltung ist auch vor dem 18. Jahrhundert immer wieder anzutreffen. An dieser Stelle nennenswert sind Robert Owen, Charles Fourier, Proudhon und Saint-Simon. Frühsozialisten betteten ihre emanzipatorischen Werke oft in einen religiösen Kontext. Fourier etwa stellte sich klar gegen die Morallehre seiner Zeit, allerdings weil menschliche Triebe (er nennt 13 verschiedene) Gott geben seien und somit ausgelebt werden sollen (Gubitzer, 1989, S. 38). Den Frühsozialisten folgte der Marxismus und die Strömungen der ersten und zweiten Internationale als Grundlage für emanzipatorischen Bewegungen der Zeit. Die wohl bekannteste dieser Bewegungen war die Russische Revolution von 1917 und der folgende Aufbau der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). In der zeitgenössischen Rezeption erinnert man sich an vor allem an die totalitären Auswüchse des Stalinismus, jedoch waren Selbstverwaltung und Arbeiter innenautonomie durchaus Themen, die innerhalb der russischen Sozialdemokratie diskutiert und umgesetzt wurden.

## 1.1 Rätedemokratie und Fabrikkomitees in Russland

Diese Debatten wurden allerdings erst nach 1917 geführt. Davor war Arbeiter\_innenselbstverwaltung weder Forderung noch Thema in Russland. Hauptziel linker Kräfte zu der Zeit war es die Staatsmacht zu erkämpfen, um damit eine demokratische Republik aufzubauen, alles andere war dem Ziel etwas vorweggegriffen. Progressive Kräfte, insbe-

sondere die russische Sozialdemokratie, arbeiteten zwar bereits auf eine Revolution hin, gingen aber davon aus, dass es sich um eine "bürgerlichdemokratische" handeln werde und der Arbeitskampf danach auf sozialer Ebene mit Forderungen wie dem Acht-Stunden-Tag weitergehen werde. Dies änderte sich mit der Rückkehr des bolschewistischen Revolutionärs Wladimir Iljitsch Uljanow – besser bekannt als Lenin - aus dem Schweizer Exil, nach dem Fall des Zarentums durch die Februarrevolution. Man müsse nun die Staatsmacht auf die Räte der Arbeiter innen, Soldat innen und Bäuerinnen und Bauern verlagern – die Sowjets (dt. Räte) und die Produktion unter Arbeiter innenkontrolle bringen, wobei Kontrolle hier mehr als Aufsicht denn Leitung zu verstehen ist. Eine Räteregierung soll gemeinsam mit Fabrikkomitees in Doppelherrschaft regieren und die Kapitalisten in ihrer Verwaltung der Betriebe beaufsichtigen. Anarchistische und menschewistische Stimmen in der russischen Sozialdemokratie kritisierten den Mangel an einschlägiger Programmatik zur Umsetzung einer solchen Arbeiter\_innenaufsicht. Der Bolschewist Skrypnik entgegnete: "Arbeiterkontrolle ist nicht Sozialismus. Sie ist nur eine der Übergangsmaßnahmen, die uns dem Sozialismus näher bringen" (zit.n. Mandel, 2012, S. 130)

#### 1.1.1 Kriegskommunismus

Russland war nicht nur ein Königreich am Scheitelpunkt einer Revolution, zu der Zeit Stand der erste Weltkrieg an seinem Höhepunkt. Der Ausruf "Alle Macht den Sowjets" war zum einen ein Aufruf zur Stärkung der Rätestrukturen, aber vor allem ein Angriff gegen die provisorische Regierung (Carr, 1991). Der Sturm auf den Winterpalast erging beinahe kampflos, dem sollten allerdings 3 Jahre zehrende Gefechte zwischen den Bolschewiki und regimetreuen Truppen folgen. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk, womit Russland als Kriegsteilnehmerin ausschied, führte zu weiteren internen Spannungen. Die folgende Ära von 1918-1921, geprägt

von den Wirren Bürgerkriegs und den Folgen des Weltkriegs, wird *Kriegs-kommunismus* genannt. Die schwache Industrie Russlands war nur auf die Kriegsproduktion ausgerichtet. Ähnlich wie in Rojava galt es ein realsozialistisches System aufzubauen und zeitgleich zu verteidigen, allerdings auf einer sehr viel größeren Skala.

Einfache Bäuerinnen und Bauern wurde ermöglicht Ländereien der sogenannten Kulaken (Großgrundbesitzer) unter sich aufteilen, aber dies konnte nicht der rückläufigen Produktion entgegenwirken. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes erfolgte nämlich durch starke Segmentierung, also wurde mehr Einheiten Grund mit kleineren Flächen bestellt. Dies kostete Skalenerträge und führte dazu, dass Bäuerinnen eher selbstversorgend arbeiteten, anstatt für den generellen Konsum zu produzieren. Die Aufteilung war zwar nicht in der Form vom Zentralkomitee abgesegnet, wurde allerdings dennoch geduldet. Oberste Priorität war die Versorgung mit Nahrungsmitteln, die Versorgung der Roten Armee im Besonderen. Es wurden Bäuerinnen-Komitees eingerichtet, welche mit der Allokation und Distribution landwirtschaftlicher Produkte beauftragt wurden. Ein Vergleich mit den Landwirtschafts-Kooperativen in Westkurdistan böte sich an dieser Stelle an, jedoch erwuchsen viele Produktionsmittel in Rojava der Arbeit der Genossenschaften, während russische Bäuerinnen und Bauern durch das Zentralkomitee mit der Verwaltung der teilweise eigenmächtig erschlossenen Felder beauftragt wurden. Diese Komitees blieben insofern kurzlebig; bereits nach einem halben Jahr wurden sie aufgelöst. Bäuerinnen und Bauern galten als schwer zu mobilisieren und waren nicht willens mit dem sowjetischen Staat gegen die Kulaken vorzugehen. Carr erklärt dies wie folgt: "The poor peasant was conscious of the oppression which he suffered at the hands of the kulak. But his dread of the state and its minions was often greater" (Carr, 1991). Die Bäuerinnenräte blieben also erfolglos. Das Gegenstück der Arbeiter\_innen, die Fabrikkomitees, hatten ihre Anfänge vor der Revolution und konnten sich etwas länger halten.

#### 1.1.2 Fabrikkomitees

Eines der Ziele der prä-revolutionellen SDAPR war die "Konstitutionelle Fabrik", in der die gesamte Belegschaft aus den eigenen Reihen ein Fabrikkomitee wählt, welches an Beschlüsse der Vollversammlung der Belegschaft gebunden ist. 1917 forderte die Petrograder Konferenz der Fabrikkomitees der Kriegsindustrie umfangreiche Kontroll- und Einsichtsrechte, sowie das Recht auf Absetzung ungeeigneter Direktoren, jedoch begnügte man sich bezüglich der Betriebsleitung mit einer beratenden Stimme und Kontrolle in Form von Aufsicht. Viele Direktoren reagierten auf die Ermächtigung ihrer Arbeiter\_innen mit Bummelstreiks und Lockouts. Die Direktoren leiteten die Fabriken bewusst schleißig, so dass es zu Engpässen und Produktionsausfällen kam – durch die dann Entlassungen und Schließungen gerechtfertigt wurden. Die Fabrikkomitees sahen sich gezwungen mit der Direktion zusammenzuarbeiten, um die Produktion mit begrenzten Ressourcen derart effektiv umzugestalten und so viele Arbeitsplätze und Löhne als möglich zu erhalten. Dies brachte die Komitee-Mitglieder in ein Dilemma – entweder sie kooperierten mit dem Klassenfeind, obwohl sie mehr Verantwortung als bloße Aufsicht ablehnten, oder sie verweigerten die Zusammenarbeit zu Lasten der Belegschaft und ihrer eigenen Interessen. Auch von Seiten der Partei ernteten die Komitees heftige Kritik (Mandel, 2012).

Die zunehmende Sabotage durch die Fabriksdirektionen und die schlechte Aussichten für die Industrie generell – der Kriegsproduktion neigte sich dem Ende zu und der Übergang zur Friedensproduktion kündigte sich als aufwändig und vor allem kostspielig an – waren es die dazu führte, dass durch alle Lager der Beschluss zur (schrittweisen) Nationalisierung gefällt worden ist. Die sowjetische Historikerin Anna Pankratova sah dies auch als Lösung für die Unerfahrenheit der neuermächtigten Fabrikkomitees in der Navigation der Beschaffungsmärkte und Finanzwelt. Um das volle Potential

der Komitees zu entfalten, könne man sie nicht in der alten Ordnung agieren lassen (Pankratowa in Horvat, 1975a, S. 170). In den nationalisierten Fabriken ging die Leitung allerdings nicht mehr von den Komitees aus, sondern von Kommissar\_innen, welche durch die Volkswirtschaftsräte – die sogenannten *Sownarchos* (rus. *Wysschi sowjet narodnowo chosjajstwa*) beschickt wurden. Alexandra Kollontai, zu diesem Zeitpunkt noch Vorsitzende der Frauenabteilung des Zentralkomitees, kritisierte diesen Schritt scharf:

"To exclude the workers from the organization of industry, to deprive their industrial organizations of the opportunity to develop their abilities in the creation of new forms of production in industry through trade unions, to deny this expression of the class organization of the proletariat, while placing full confidence in the "competence" of specialists trained and educated to manage production under a totally different system of production, means to depart from the mainstream of scientific Marxist thought." (Kollontai in Horvat, 1975a, S.28)

Als Lenin erkrankte begann Josef Wissarionowitsch Dschugawilli, besser bekannt als Stalin, in seiner Funktion als Generalsekretär mit der Anhäufung von Macht durch den Parteiapparat bis hin zur Alleinherrschaft nach Lenins Tod. Stalins Totalitarismus räumte auch mit der letzten Form der Mitbestimmung durch Arbeiter innen und Bäuerinnen und Bauern auf. Im Zuge des Zweiten Weltkrieges bahnten sich Spannungen zwischen Stalin und dem Vorsitzenden der jugoslawischen Schwesterpartei Josip Broz Tito an, die sich 1948 mit dem Ausschluss der kommunistischen Partei Jugoslawiens aus der Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) entlud. In Jugoslawien wurde daraufhin die Idee der Arbeiter\_innenselbstverwaltung wieder aufgegriffen, jedoch in einer anderen Ausprägung.

## 1.2 Arbeiter\_innenselbstverwaltung in Jugoslawien

Die jugoslawische Form der Arbeiter innenselbstverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg stellt eine Ausnahme unter den in hier diskutierten Modellen dar. Die Arbeiter innenselbstverwaltung wurde nämlich nicht im Arbeitskampf einer breiten Bewegung erkämpft, sondern durch Partisan innen-Führer und Ministerpräsident Josip Tito und sein Kabinett erst einige Zeit nach der Machterlangung implementiert. Nach dem Bruch mit Stalin und dem folgenden Ausschluss der Kommunistischen Partei Jugoslawiens aus der Kominform 1948, strebte die jugoslawische Führung zunehmend die Distanzierung von der UdSSR an. Bis zu diesem Zeitpunkt war die föderative Republik nach sowjetischem Vorbild aufgebaut (Ćetković, P. 2015). Die Führung kündigte an, dass Staatseigentum an den Produktionsmitteln nur die niedrigste Stufe gesellschaftlichen Eigentums darstellt, die es alsbald nach der Revolution zu überwinden gilt, da sie andernfalls unweigerlich zur zentralistischen Staatsbürokratie in Form des Staatskapitalismus führe (Musić, 2012). Die Beschreibung der Arbeiterkontrolle als Mittel zum Sozialismus, aber nicht Sozialismus in sich durch die Bolschewiki wurde somit 30 Jahre später durch die KPJ auf den Kopf gestellt. Die Selbstverwaltung ist tatsächlich mehr einer Zweckrationalität erwachsen als ideologischer Fundierung. Man erhoffte sich, neben der Abwehr eines ineffizienten Bürokratieapparats, die ins Wanken geratene Arbeitsdisziplin zu "stabilisieren". Zeitgleich konnten so ehemalige Partisan innen und deren Anhänger innen mit einem radikalen Schritt zur Arbeiter innenermächtigung befriedet werden. Ekkehart Stein schreibt: "Die ideologische Rechtfertigung der Arbeiterselbstverwaltung ging ihrer Konzeptionierung nicht vorauf, sondern folgte ihr nach" (Stein, 1980)

Zu der Zeit war Jugoslawien ein Agrarstaat in frühen Phasen der Industrialisierung, jedoch mit starken regionalen Unterschieden. Während das ehemalig habsburgische Slowenien sich einen fortgeschrittenen Industria-

lisierungsgrad aufwies, waren weite Teile der restlichen Föderation strukturschwache Agrarrepubliken. Die föderative Struktur der sozialistischen jugoslawischen Republik gepaart mit der flexibel implementierbaren Arbeiter\_innenselbstverwaltung konnte separatistischen Tendenzen durchaus Wind aus den Segeln nehmen, aber die Spannungen zwischen den soziökonomisch verschiedenen Teilen der Republik blieben bis zu ihrem Zerfall erhalten (Stein, 1980).

#### 1.2.1 Sozialismus des Marktes

Anstelle der Abschaffung der Märkte als solche wurde bei der Arbeiterinnenselbstverwaltung die Unternehmensseite demokratisiert. Diese Unternehmen wurden dann statutarisch an die Erfüllung gemeiner Interessen gebunden - die optimale Allokation der Ressourcen, um diese zu erfüllen sollte allerdings dem Markt überlassen werden. Die jugoslawische Führung kritisierte so den *kruden* Staatskapitalismus der Sowjetunion, trennte sich aber nicht von Marktmechanismen sondern integrierte sie in ihr Modell.

"[But] in contrast to the etatist and centralist (Soviet) model, in this model these needs will not be defined "from above by" central directives of the Party and the state, but by the play of the *market* and of the demands that emerge from it."(Garaudy, 1975b)

Das quintessenziell Unterscheidende liegt für Nadjan Pašič in der Aneignung des Mehrwertes. Dadurch, dass die eigentlichen Produzent\_innen gemeinsam Produktionsmittel wie auch Produktion kontrollieren kommt es weder zur ausbeuterischen Bemächtigung des erarbeiteten Mehrwertes der Arbeiterin durch die Kapitalistin noch zur Entfremdung vom Produkt der eigenen Arbeit. Somit sei auch der zentrale Keil in der Gesellschaft, der ein gemeinsames, demokratisches Miteinander verhindert, beseitigt (Pašić, 1975b, S. 34). Der jugoslawische Soziologe Josip Županov postu-

liert, dass es keinen qualitativen Unterschied zwischen betrieblicher Partizipation und der politischen Partizipation als Bürgerin geben soll (Županov, 1975b, 76). S. Die Letztverantwortung für )Entscheidungen muss von der ManagerInnen-Ebene weggeschafft und auf die ArbeiterInnen als Gruppe aufgeteilt werden. Ebendies soll die Arbeiterselbstverwaltung geschafft haben. Er verwendet den Begriff collective entrepeneur. Auch in Rojava ist einigen Bereichen (außerhalb der Grundversorgung/-nahrungsmittel) noch der Markt für die Allokation von Gütern zuständig. Beide Stellen partizipative Systeme dar, die Marktmechanismen nicht gänzlich ersetzt haben, in Jugoslawien beschränkte sich die direkt demokratische Partizipation auf die betriebliche Ebene.

#### 1.2.2 Die illyrische Firma

Die jugoslawische Gesetzgebung definierte eine ökonomische Organisation wie folgt: Sie muss erstens Gesetzesmäßig gegründet werden, zweitens eine bestimmte Art der ökonomischen Produktion ausführen, drittens autonom, mit den eigenen Beschlusslagen und Statuten konform agieren und viertens einen Teil gesellschaftlichen Eigentums verwalten, entweder direkt oder durch eines ihrer gewählten Organe. Somit wurde das Handeln eines Unternehmens im eigensinnigen Profitinteresse, durch die Voranstellung gesamtgesellschaftlicher Interessen unterbunden. Lediglich die eigene Arbeitskraft galt als Privateigentum, Ländereien und Kapital waren mitsamt Gesellschaftseigentum. Gleichzeitig waren Investitionen und Geldflüsse der Unternehmen durch strenge Vorgaben der Regierung eingeschränkt (Musić, 2012, S. 224).

Arbeit und Verwaltung wurden organisiert um zwei Ziele zu erreichen: Die optimierte Nutzung gesellschaftlicher Produktionsmittel bei konstanter Produktivitätssteigerung und Förderung der Interessen der ArbeiterInnen

und ihrer Partizipation auf allen Ebenen. Die interne Organisation war im Statut eines jeden Betriebes zu regeln. Die Einrichtung eines Arbeiter\_innenrats war obligatorisch, alles andere oblag dem Betriebs-Statut. Zur weiteren Demokratisierung wurde zwischen administrativer und legislativer Macht unterschieden und der Belegschaft beziehungsweise deren repräsentativen Organen ein Veto-Recht sowie Entscheidungsmacht über die Personalpolitik eingeräumt. Der Arbeiter\_innenrat wählt ein Management-Board, in der Regel aus den eigenen Reihen. Davon mussten mindestens 75% Produktionsarbeiter\_innen sein. Die Hälfte der Mitglieder des Management Boards wurden alle zwei Jahre neu gewählt. Die Ausübung einer gewählten Funktion war ehrenamtlich und nicht zusätzlich vergütet (Hunnius, 1975b, S. 64).

Ähnlich wie auch bei den russischen Fabrikkomitees blieben die Wissenshierarchien zwischen der Management-Ebene und den Arbeiter\_innen weiterhin erhalten, so konnten sich Arbeiter\_innen trotz formeller Gleichberechtigung nicht gegen die leitungserfahrenen Direktoren durchsetzen bzw. wichen vor offenem Dissens zurück, da sie sich selbst nicht qualifiziert genug empfanden um die gegebene Meinung zu wiederlegen. Eine Fehlentscheidung konnte schließlich für den ganzen Betrieb genauso wie für die einzelne Arbeiterin einen schweren finanziellen Einschnitt bedeuten (Lemân, 1973).

Der jugoslawische "Marktsozialismus" stellte sich allerdings als instabile Form der Produktionsordnung heraus. Die Organisation der Arbeiter\_innenklasse auf lokaler Betriebsebene erleichterte zwar die Implementierung in der Föderation, änderte allerdings nichts an den Spannungen zwischen den einzelnen Republiken und die marktwirtschaftliche Orientierung, die von stetem Wachstum abhängig war, forderte in den sechziger Jahren eine Rücknahme vieler der partizipativen Möglichkeiten der ArbeiterInnen. Die Ölkrise der frühen Siebziger Jahre traf Jugoslawien härter als andere realsozialistischen Staaten, aufgrund ihrer Orientierung

in Richtung westlicher Märkte. Die Folge waren massive Schulden, die durch Einsparungen, die vor allem Industriearbeiter\_innen trafen, konsolidiert werden sollten. Dem begegneten die Arbeiter\_innen mit zahlreichen Streiks. Das endgültige Ende der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung kam mit dem Unternehmensgesetz 1989, allerdings ohne Einspruch von Seiten der Gewerkschaft da sie sich im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen mehr Einflussnahme erhofften.

Das jugoslawische Experiment ist auf vielen Ebenen außergewöhnlich. Arbeiter\_nnenselbstverwaltung, ein traditionell anarcho-syndikalistisches Projekt, trifft auf realsozialistische Staatsmacht und kapitalistische Marktmechanismen. In der Vergangenheit gab es einige Beispiele für Selbstverwaltung bzw. Genossenschaften, allerdings arbeiteten diese stets abseits oder aktiv gegen Staaten und nicht innerhalb eines Staatsapparats. Tito distanzierte sich jedoch vehement gegen Vorwürfe des Anarchismus (Bauer, 1964). Anarchistische bzw. syndikalistische Ideen mochten in Osteuropa wenig Anklang finden, jedoch sollten sie im Westen Europas teilweise sogar bis heute Früchte tragen.

# 1.3 Syndikalismus

Syndikalismus beschreibt eine Strömung in der Arbeiter\_nnenbewegung, die einer revolutionär-gewerkschaftlichen Doktrin folgt. Der Syndikalismus richtet sich nicht nur radikal gegen den Kapitalismus, sondern ebenso vehement gegen den Staat und ist somit ideologisch eng mit Anarchismus verwandt. Der Name leitet sich von dem französischen syndicat (dt. Gewerkschaft) ab. Der Antietatimus gründet sich auf einem Verständnis des Nationalstaats als "verselbstständigte, eigengesetzliche, unterdrückende Institution", entgegen der orthodox-marxistischen Kategorisierung als ausführende Hand des Kapitalismus (Gerlach, 1973). Die Befreiung der Arbeiter\_innenklasse ist dieser Auffassung nach erst dann

möglich, wenn sowohl der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als auch die Einzwängung durch den Staat aufgehoben sind.

Bei den zuvor erwähnten Bolschewiki war Revolution die Bedingung für eine gesellschaftliche Neuordnung, der Syndikalismus vertritt hingegen, dass Umbruch und Neuordnung simultan stattfinden müssen und die Neuordnung abseits staatlicher Institutionen geschehen muss. Diese Neuordnung soll über die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter innen geschehen. Betriebe werden dann demokratisiert in dem Leitungspositionen aus den eigenen Reihen demokratisch bestimmt werden (vgl. Syndikalisierung). Von diesen Betrieben aus werden die neuen kommunalen Strukturen aufgebaut, welche sich in überregionalen Föderationen zusammenschließen. Die Freiheit der Arbeiterin soll auf der aufbauen. Selbstbestimmung am Arbeitsplatz Um Funktionär\_innenhierarchien, wie sie an den sozialistischen Parteien der Entstehungszeit kritisiert wurden, zu verhindern, sollen Funktionen dezentralisiert und die Tätigkeiten als Ehrenamt ausgeübt werden (Gerlach, 1973).

Den stärksten Halt hatte der Syndikalismus in romanischen Ländern, insbesondere in Spanien in der anarcho-syndikalistischen Ausprägung. Katalonien erwies sich national als Vorreiterin in syndikalistischer Organisation von Arbeiter\_innen (Edelmayer, 2008). 1910 wurde die *Confederación Nacional del Trabajo* als föderativer Zusammenschluss anarchosyndikalistischer Gewerkschaften in Spanien gegründet. Die CNT war eine der wichtigsten Kräfte im Widerstand gegen den franquistischen Faschismus. Auch in Italien, Frankreich und Deutschland gründeten sich libertärsozialistische Organisationen mit mehreren hunderttausend Mitgliedern (*Unione Sindicale Italiana, Confédération Générale du Travail und die Freie Arbeiter Union Deutschlands*), jedoch blieb ihr Einfluss nicht so stark und nachhaltig wie der der spanischen CNT (Barwich & Paul Avrich Collection (Library of Congress), 1973).

## 1.3.1 Syndikalismus am Beispiel von Mondragón

Die Mondragón Corporación Coorperativa im Baskenland ist das siebtgrößte Unternehmen Spaniens und die weltweit größte Genossenschaft. Sie beschäftigt über 80.000 Arbeiter\_innen und Angestellte und beinhaltet 266 Körperschaften, wovon 98 Genossenschaften ausmachen. Für das Jahr 2019 werden 12.220.00 Euro als Gesamteinnahmen ausgewiesen (Corporación MONDRAGON, 2019).

Auch die Bewohner\_innen des Baskenlandes sind eine ethnische Minderheit innerhalb eines Nationalstaats von dem starke Repressionen gegen die Kultur und Sprache der Region ausgingen. Vor allem in der Zeit der Franco-Diktatur wurde alles baskische konsequent unterdrückt. Formen der baskischen Selbstverwaltung und des Kollektiveigentums, wie in Form der Nachbarschaftshilfe *Auzolan* konnten sich bis in die Gegenwart halten (Zelik, 2019). Es lassen sich also durchaus interessante Parallelen mit der kurdischen Bevölkerung beobachten.

Mondragón war nicht die erste Produktions-Genossenschaft in dieser Form, allerdings mit Abstand die erfolgreichste. Diese frühen Versuche gingen zu einem großen Teil von Mitgliedern der sozialistischen Gewerkschaft UGT (*Unión General de Trabajadores*) aus und nicht der anarchosyndikalistischen CNT, welcher dies ideologisch näherstehen würde. Die Gründung von Mondragón geht auf den Priester José María Arizmendi Arrieta zurück. Die Kleinstadt, nach der sich das Unternehmen später benannt hat, war wirtschaftlich von einem einzelnen Industrieunternehmen in der Region abhängig. Viele Jugendliche aus der Stadt fanden dort allerdings keine Beschäftigung mehr. Arrieta entschloss mit der Unterstützung der lokalen Bevölkerung eine technische Berufsschule zu gründen, um den jungen Arbeitslosen eine Form der Weiterbildung zu ermöglichen. Der erste Absolventenjahrgang dieser Schule gründete elf Jahre später die Produktionsgenossenschaft ULGOR. In den folgenden Jahren wurden die

Genossenschaften FAGOR und ARRASATE für Gasherde und Maschinenproduktion gegründet. 1960 wurde die *Caja Laboral Popular* ins Leben
gerufen, die die Sozialversicherung für die Genossenschafter übernahm
und Beratungsleistungen für die einzelnen Genossenschaften anbot. Die
Gründung der *Caja* war ein ausschlaggebender Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen, unter anderem da die Genossenschafter als
Selbständige galten und somit von der öffentlichen Absicherung ausgeschlossen waren. Die von Arrieta gegründete ursprüngliche *Eskola Politéknikoa* besteht heute noch und bildet jährlich über 600 Schüler\_innen aus. In Summe werden nach eigenen Angaben 11 000 Schüler\_innen/Studierende in Bildungseinrichtungen der MCC ausgebildet
(Corporación MONDRAGN, 2019).

Die Caja Laboral Popular (kurz CLP) ist in zwei Sparten aufgeteilt: Die Divisón Bancaria und die *Division Empresarial*. Über die Banken/Spartätigkeit der División Bancaria können sichere Kredite für die Genossenschaft finanziert werden. Die Divisón Empresarial unterstützt neue Genossenschaft im Aufbau, insbesondere in jenen Sektoren, die im Baskenland strukturell schwach ausgebaut sind, und berät und informiert bestehende Genossenschaften. Zusätzlich gibt es eine Interventionsabteilung, die bei Auffälligkeiten in den monatlichen Berichten der Unternehmen eingreift und das Krisenmanagement übernimmt (Gubitzer et al, 1985).

#### 1.3.2 Struktur

Mitglieder müssen eine Kapitaleinlage entrichten (79.000 ESP 1983), wovon 25% beim Eintritt zu erlegen sind. Die Möglichkeit einer Kapitalanlage ohne eine Beschäftigung im Betrieb ist ausgeschlossen. Der umgekehrte Fall – Beschäftigung in einem Unternehmen der MCC ohne Beteiligung – ist eine Seltenheit, jedoch nicht ausgeschlossen und spartenweise auf Zeit üblich. Bei Austritt aus der Genossenschaft wir ein Sechstel der

Einlage von der MCC einbehalten. Nach der Beteiligung der Arbeiter\_innen durch die Kapitalanlage, die weiter verzinst wird, entspricht der Lohn formell mehr einer Vorauszahlung des Gewinns. Der maximale Gehaltsunterschied ist derzeit bei 1:6 angesetzt, das heißt die Genossenschafterin mit dem höchsten Gehalt darf maximal sechs Mal so viel verdienen als jene mit geringsten. Maximal 70% des Gewinns der MCC wird an die Mitglieder ausgeschüttet. 10% werden in einen Sozialfonds gelegt und die restlichen 20% fließen in Rücklagen für neue Investitionen und Verlustabdeckung, wie auch in Rojava ein Beitrag an den Kooperativen-Verband abgeführt wird, um den Aufbau weiterer Genossenschaften zu unterstützen.

Jedes Mitglied ist stimmberechtigt in der Hauptversammlung, die mindestens einmal jährlich zusammentreten muss. Die Versammlung wählt die operativen Organe der MCC: Vorstand, Kontrollrat und Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat designiert eine Direktorin beziehungsweise das Management, das auf 4 Jahre beschickt wird. Der Aufsichtsrat selbst hat eine Funktionsperiode von 4 Jahren und wird alle zwei Jahre zur Hälfte ausgewechselt. Änderungen der Betriebsstruktur und Veränderungen in der Bilanz müssen ebenso von der Hauptversammlung abgesegnet werden. In vielen Entscheidung ist dies aber nur eine Formalie, da der Informations- und Kenntnisstand der leitenden Gremien trotz Informationspflicht durch den Sozialrat für die Basis nicht aufholbar ist. Besonders in Krisenzeiten kann die betriebsinterne Position durch die CLP ausgehebelt werden. Zusätzlich gibt es zwei beratende Gremien: Den eben genannten Sozialrat, der die Interessen der "einfachen Mitglieder" vertritt und der Managementrat, der sich aus den Abteilungsleiter\_innen zusammensetzt. Der Sozialrat wird direkt gewählt und ist zusätzlich für sichere Arbeitsbedingungen (Hygiene, Sicherheit etc.) zuständig, agiert somit quasi wie ein Betriebsrat. Die Arbeiter\_innen arbeiten teils immer noch nach zu erfüllenden Quoten und am Fließband wie in privat-gewinnorientierten Unternehmen üblich.

Dennoch ist die Produktivität und die Zufriedenheit der Arbeiter\_innen im Verhältnis höher.

Eine Idiosynkrasie fällt in der Betriebsstruktur auf: Frauen mussten bis in die 1970er Jahre nah der Eheschließung aus dem Betrieb austreten (ähnliches galt für Frauen in der YPJ). Es kam auch zur Gründung Frauengenossenschaften, welche jedoch meist traditionell weiblichen Tätigkeiten in der Reproduktionsarbeit wie Reinigung und Kochen gewidmet waren.

Aufgrund seiner Struktur hat sich die MCC in den Siebziger und Achtziger Jahren als besonders krisenfest hervorgetan (Zelik, 2019). Das genossenschaftsinterne Solidarprinzip konnte einiges der Krisenlast über innerbetriebliche Gewinn-/Verlustverteilung abfangen. Die Einlagenverwaltung durch die CLP ermöglichte weiterhin günstige Finanzierung und die Investitionen in Forschung und Diversifikation ermöglichten weiteren Ausbau in der Region und förderten die Wettbewerbsfähigkeit. Der Solidaritäts-Anspruch der MCC geht jedoch über betriebliche Belange hinaus. Der ursprüngliche Gedanke der Arbeitsplatzbeschaffung und Regionalentwicklung blieb bis heute erhalten. Linke Kritik an der MCC wird jedoch wegen der Fertigungsstätten in Niedriglohnländern geäußert (Zelik, 2019).

In seiner Entstehung war Anarcho-Syndikalismus auf ökonomische Fragen fokussiert. Mit dem Aufkommen der Klima-Bewegung in den siebziger Jahren wurden libertär-sozialistische Strömungen zusehends durch eine ökologische Dimension erweitert. Philosoph Murray Bookchin schreibt 1985 in *Die Ökologie der Freiheit*: "[...] es ist ein grundsätzlicher Perspektivenwechsel von der typischen marxistischen Klassenanalyse sozialer Beziehungen zu der umfassenderen und meiner Ansicht nach radikaleren Frage von Hierarchie und Herrschaft als solcher."(Bookchin, 1985) Im Gegensatz zu anderen marxistischen Strömungen will sich die politische Ökologie die Natur nicht untertan machen.

# 2 Politische Ökologie

Ökologie ist einer der Grundwerte der Selbstverwaltung Rojavas. Hier handelt es sich allerdings um weniger konkrete Konzepte wie die bisher beschriebenen, sondern um eine politische Ökologie die in die Interaktion von Menschen mit ihrer Umwelt aber auch in zwischenmenschliche Interaktionen einfließt. Wie eingangs beschrieben ist die Region noch nicht weit genug aus der Ausnahmesituation emanzipiert, um sich um eine klimaneutrale Praxis zu bemühen, dennoch ist Ökologie sehr prägend für Rojavas Ideologie- etwa in der antihierarchischen/antietatistischen Praxis. Zwei bedeutende Autoren möchte ich an dieser Stelle näher hervorheben: André Gorz und Murray Bookchin.

### 2.1 André Gorz und die Norm des Ausreichenden

André Gorz unterscheidet in *Auswege aus dem Kapitalismus* zwischen politischer Ökologie und "Politik des Umweltschutzes". Die Politik des Umweltschutzes versucht nach wissenschaftlich bestimmten Kriterien das Ökosystem in einem Ausmaß zu *managen*, welches keine radikale Änderung der Produktionsverhältnisse verlangt, aber die fundamentale Fähigkeit zur Selbstregeneration der Natur bewahrt. Die Schlüsselpersonen, die diese Änderung begleiten sind naturwissenschaftliche oder ökonomische Expert\_innen, deren Berechtigung zu dieser Aufgabe rein auf ihrem *Expert\_innentum* fußt. Das zu Grunde liegende Rationale ist die effiziente Nutzung der Ressource Umwelt. Diese Transformation geschieht ohne jedwede Beteiligung der Zivilgesellschaft, tatsächlich befördert sie Passivität der Bevölkerung nur weiter, denn der politische Handlungsbedarf in der herkömmlichen Produktionsweise wird unter neoliberaler

Marktlogik der Nutzenmaximierung subsumiert und somit entpolitisiert. Menschen wird also vermittelt, dass die Wandlung keine politische Entscheidung ist, sondern eine administrative Notwendigkeit, wohingegen andere Fragen die von ähnlicher Dringlichkeit sind auf politischer Ebene diskutiert und im Sinne einer bürgerlich-konservativen Mehrheit entschieden werden. Diese Entpolitisierung von Themen nach naturwissenschaftlichem Rationalitäts-Fetischismus lässt sich auch in anderen Bereichen finden. Etwa die Frage ob Geflüchtete von einer brennenden, Covidinfizierten Insel zu evakuieren und aufzunehmen sind, wird einer bizarren Kostennutzenfrage unterworfen, die sich jeder Verantwortung gegenüber Menschenrechten und dem Leben an sich entzieht und berechnet, dass gewisse Leben nicht des Rettens wert sind. Gorz fasst zusammen: "Das Allgemeine ist vom Besonderen getrennt, das oberste Interesse der Menschheit ist von der Freiheit und der Fähigkeit der Individuen zu einem autonomen Urteil getrennt."(Gorz & Moldenhauer, 2009, S. 34)

Dem stellt Gorz eine ökosoziale Politik gegenüber. Die ökosoziale Politik nach Gorz fängt nicht erst bei der Abwendung der Klimakatastrophe an. Sie strebt grundsätzlich nach der Sicherstellung eines *ausreichenden* Einkommens, entkoppelt von der Arbeitszeit und letztendlich von der Arbeit selbst und die gesellschaftlich unabdingbare Arbeit gerecht und im Sinne eines guten und freien Lebens umzuverteilen.

Mit der Übernahme der Kontrolle über die Produktion von den tatsächlichen Produzent\_innen wurde der Produktionsprozess von der Erfüllung von Bedürfnissen entkoppelt und die Gewinnmaximierung an deren Stelle als oberste Maxime etabliert. Durch die Voraussetzung der Vollzeitarbeit schafft sich das Kapital Vorhersehbarkeit der Lohnkosten und der Erträge, aber auch Kontrolle über auf die Lebensweise der ArbeiterInnen. Die Arbeiterin ist entweder in der Arbeit und schafft im Sinne des Kapitals oder sie "genießt" ihre Freizeit in dem sie konsumiert, ebenso im Sinne des Kapitals. Die öffentliche Person einer Arbeiterin ist lediglich durch ihre

Arbeit definiert, alles abseits davon ist *private Zerstreuung*. Ausübung einer anderen Tätigkeit (etwa politischem Engagement) ist hierfür nicht vorgesehen und für erschöpfte ArbeiterInnen auch nicht stemmbar. So erklärt Gorz auch, dass Forderungen nach mehr Urlaub eher befriedet werden als jene nach Arbeitszeitverkürzung.

Gorz schreibt die Ökonomie ist eine Wissenschaft zur Kalkulation der effizientesten Einsetzung bestimmter Mittel um zu einem bestimmten Zweck zu gelangen. Demnach müssen sich Mittel und Zweck grundlegend unterscheiden. Schon im 19.Jahrhundert habe man erkannt, dass die verfügbar gewordene Zeit das wahre Maß an Reichtum ausmacht, was den französischen Philosophen zu folgender Behauptung führt: "Die Wirtschaftstätigkeit hat nur dann Sinn, wenn sie etwas anderem dient als sich selbst."(Gorz & Moldenhauer, 2009) Mangels einer anderen Zielsetzung strebt die Ökonomie nach Wachstum in den Bereichen, in denen ihre Logik sich am wenigsten gehindert entfalten kann und der Aneignung jener Bereiche, die sie bislang ihrer Raison noch nicht unterwerfen konnte.

# 2.1.1 Genügsamer Überfluss

Gorz spricht vom Naturschutz als Schutz des eigenen Lebensraums, gründend auf dem Bedürfnis nach der Entfaltung der physischen Fähigkeiten und dem freien und kundigen (Inter-)Agieren. Die zusehends komplexer werdende Gesellschaft ist nicht mehr vom Individuum als Ganzes erfassbar, geschweige denn sachkundig. Stattdessen entwickeln Individuen hochspezialisiertes Wissen über eine konkrete Funktion, jedoch nicht genug, um davon auf die Summe der funktionalen Apparate zu schließen. "Es nimmt dem Individuum die Möglichkeit, eine Welt zu haben und sie gemeinsam zu haben" (Gorz & Moldenhauer, 2009)

"Der Naturschutz muss also ursprünglich als Schutz einer Lebenswelt verstanden werden die sich insbesondere durch die Tatsache definiert,

dass das Resultat der Tätigkeiten den ihnen zugrunde liegenden Absichten entspricht, anders gesagt, dass die gesellschaftlichen Individuen darin das Ergebnis ihrer Handlungen sehen, verstehen und beherrschen."(Gorz & Moldenhauer, 2009, S. 35)

Hier setzt auch die kurdische Freiheitsbewegung an. Im ersten Schritt geht es nicht um den Aufbau einer CO2-neutralen Technokratie, sondern um die Erschließung des eigenen Lebensraums, der den Kurd\_innen genommen wurde. Nicht nur die "Entfremdung" von dem Produkt der eigenen Arbeit, auch die Entfremdung von der eigenen Umwelt muss demnach bekämpft werden.

Man brauche, so Gorz weiter, ein Gegenkonzept zur kapitalistischen Produktionsweise, in der Bedürfnisse geweckt werden um sie so verschwenderisch wie möglich zu befriedigen, bis Verschwendung selbst das zu befriedenden Bedürfnis wird. Anstelle der ressourcenvernichtenden "Diktatur der Bedürfnisse" plädiert er für eine Norm des Ausreichenden. Eine Form des genügsamen Überflusses, in der menschliche Notwendigkeiten versorgt werden ohne Ressourcenverbrauch für künstlich geweckte Bedürfnisse. Es obliegt dem kommunistischen Staat ebendiese Notwendigkeiten zu decken beziehungsweise die gemeinschaftliche Deckung dieser Bedürfnisse zu koordinieren und gerecht zu verteilen. Dieser genügsame Überfluss ist keineswegs mit einer asketischen Lebensweise abseits von moderner Technologie zu verwechseln. Tatsächlich sah Gorz in der voranschreitenden Digitalisierung freie Software als neue Form der radikalen Demokratie (Gorz & Moldenhauer, 2009). Murray Bookchin, seines Zeichens ebenso politischer Ökologe, vertritt ähnliche Positionen und differenziert ebenso und zwischen Ecology und Environmentalism, unterscheidet sich jedoch in einem Punkt deutlich von Gorz: Bookchin ist überzeugter Anti-Marxist (Lodziak & Tatman, 1997).

## 2.2 Murray Bookchin

Murray Bookchin war für die Formung Öcalans neuerer Thesen von zentraler Bedeutung, somit scheint es sinnvoll ein Blick auf Ökologie in der Bookchin'schen Ausprägung zu werfen. Er verwirft nicht nur "expertokratische" Ansätze, wie Gorz sie nennen würde, die als Ziel die vollkommene Kontrolle über organische wie anorganische Beziehungen haben, er bezeichnet sie als *reine Dummheit* (engl. "sheer stupidity"). Die Umwelt ist nicht etwas, dass es zu meistern gilt, sondern viel mehr "wie ein Boot" zu steuern sei (Bookchin, 1985).

Er kritisiert die gängige Epistemologie der Naturwissenschaften. In der dominanten Systemtheorie werden ökologische Beziehungen auf quantitative Größen beschränkt, während qualitative Erkenntnisse verdrängt werden. Ebenso bietet sie Projektionsfläche für Eigenschaften menschlicher Gesellschaften - sogenannte Anthropomorphismen - wo sie gänzlich unangebracht sind. Hierarchie-Beziehungen, wie sie unter Menschen verbreitet sind, werden mit einem eindimensionalen Blick auf Raubtier-Beute-Beziehungen auf Tiere und Pflanzen projiziert. Anstelle eines Kreislaufes, der von Säugetieren bis Mikroorganismen verläuft, wird eine Hierarchie-Pyramide zur gängigen Verbildlichung, an deren Spitze Homo stehen. In dem Unterdrückungsverhältnisse menschlicher Beziehungen auf Tiere umgemünzt werden, spricht man diesen menschlich geschaffenen Hierarchien einen natürlichen und somit indisputablen Charakter zu. Diese scheinbar arbiträre Hierarchisierung der Lebenswelt wird bei Abdullah Öcalan aufgegriffen.

## 2.3 Demokratischer Konföderalismus

"Ich finde die Frage nach einer alternativen Wirtschafts-, Klassen- und Sozialstruktur nicht besonders bedeutsam." (Öcalan, 2015)

Nach seiner Festnahme in Nairobi 1999 wurde Abdullah Öcalan zu lebenslanger Haft verurteilt und wurde auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert.

In dieser Zeit beschäftigte Öcalan sich ausgiebig mit den Schriften des
eben behandelten ökologischen Anarchisten Murray Bookchin und vollzog
eine libertär sozialistische Wende in seinem Denken. Die anfängliche
programmatische Orientierung der PKK richtete sich nach den realsozialistischen Bewegungen ihrer Gründungszeit und war dementsprechend stark
von Marxismus-Leninismus-Maoismus geprägt. Auch die zentrale Forderung der frühen PKK nach einem kurdischen Nationalstaat war den
Souveränitätsbestrebungen in anderen Ländern nachempfunden, in seiner
Konzeption mit einem starken Ost-Block, der den neuen sozialistischen
Staat unterstützen würde gedacht (Sportello, 2016). Mit dem Zerfall der
Sowjetunion und der Zerstreuung realsozialistischer Staaten orientierte
sich die Bewegung um.

Abdullah Öcalan war gewiss kein Ökonom. Er behandelt politische Zusammenhänge durchaus interdisziplinär, mit weiten Abschnitten zu Geschichte und Geografie wobei die Ökonomie eher stiefmütterlich behandelt wird. Klassenanalyse hatte für ihn nachrangige Bedeutung. Die revolutionärere Tat lag für ihr darin, die Schicht, in die eine Person geboren ist abzuerkennen, um sie, wenn schon nicht ökonomisch, in der politischen Praxis zu befreien. Klasse ist demnach ein Zwang, der nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch bezwungen werden muss (Öcalan, 2015, S. 298).

"Während im Westen zum Teil die Ökonomie die politischen Machthaber

bestimmt, ist in der Wirtschaft des Mittleren Osten die politische Macht der entscheidende Faktor" (Öcalan, 2015). Seine Analyse des Kapitalismus ist sehr eng mit der des modernen Nationalstaats verschränkt. Diese Nationalstaaten wiederum sind nicht in sich souverän, sondern im globalen imperialistischen Bestreben den *Konsument\_innenmassen* unterworfen. Es wird oft ein originäres Übel impliziert, jedoch geht nicht klar hervor, ob es sich dabei um Kapitalismus, den Nationalstaat oder das Patriachat handelt. Dies mag teils Polemik, teils der holistischen Weltanschauung der politischen Ökologie geschuldet sein. Die Phänomene der Machtanhäufung und Hierarchie fangen schließlich nicht erst am Arbeitsplatz an, sie spiegeln sich in jeder Interaktion eines Menschen mit seiner Umwelt wider. Ein zerstörerischer Umgang mit dem eigenen Lebensraum in einer demokratischen Gesellschaft widerspricht sich für Öcalan genauso wie die männliche Vorherrschaft in einer Demokratie.

Nationalstaaten haben in Öcalans Ausführungen zum demokratischen Konföderalismus die Funktion und den Auftrag Diversität jeglicher Art auszumerzen. Dies geschieht entweder durch physische oder ökonomische Gewalt. So kommt es zur Vernichtung ganzer Kulturen und deren Geschichte für eine *Scheinrealität* in der Nation und Einheit immer schon gegeben waren. Die positivistische Ideologie des nationalistischen Bürgertums erfasst die Geschichte der Pluralität nicht, da sie gezielt verdrängt wird, und akzeptiert die gewaltsam aufgezwungene Homogenität als die natürliche Ordnung. So übernimmt für ihn der Nationalstaat auch die Rolle religiöser Gemeinschaften - an die Stelle der Einheit mit Gott tritt die Einheit der Nation.

Der Kyriarchie stellt er die staatenlose, partizipative, Administration des demokratischen Konföderalismus entgegen. Direkte Demokratie, basierend auf freiwilliger Teilhabe, Feminismus und Ökologie sind zentrale Werte. Er ist konsensorientiert, allerdings auch horizontal und vertikal – sprich hierarchisch organisiert, mit zentralen wie auch regionalen Organi-

sationseinheiten. Dies bietet unterschiedlichen Volksgruppen ein Sprachrohr und balanciert deren Interessen aus. Nationalstaaten gegenüber zeigt man sich kooperativ und ist bereit zu einer Zusammenarbeit im Sinne regionaler und zentraler Anliegen. Zentralismus wird strikt abgelehnt. Er stellt keine natürliche Organisationsform für die Gesellschaft dar, sondern hat sich als Administration für Gesellschaften mit starker Machtkonzentration durchgesetzt.

Öcalan schreibt, dass Gesellschaften ohne eigene Form oder Möglichkeit der Selbstverteidigung im Angesicht der militarisierten Nationalstaaten (selbst der friedlichste Nationalstaat ist in seinem Kern Produkt von Kriegen) dazu verurteilt sind ihre eigene Kultur aber auch ihre eigene Form der Politik zu verlieren. Daraus leitet er unter anderem das Paradigma der legitimen Selbstverteidigung ab. Diese Selbstverteidigung besteht allerdings nicht nur im bewaffneten Widerstand, sondern auch in der bewussten Bewahrung und Erhaltung ihrer Identität und Geschichte. Öcalan stellt sich auch klar gegen die Revolution um der Revolution Willen – die gewaltsame Machterlangung ändert zwar die politische Struktur eines Landes, wandelt sie allerdings nicht zwangsweise in eine gerechtere.

# 3 Westkurdistan unter dem Baathismus

Die treibende politische Kraft in der syrischen Regierung ist seit den Sechzigern die Baath-Partei. Die Baath-Partei ist eine panarabistische, nationalistische, "arabisch-sozialistische" Bewegung, die sich Mitte des vergangenen Jahrhunderts gegründet hat. Ihre Grundprinzipien sind Einheit (nationalistischer Panarabismus), Freiheit (vor allem Freiheit von Kolonialmächten) und Sozialismus (nach dem *Dritten Weg*). Parteivorsitzender des syrischen Ablegers ist der syrischer Machthaber Bashar al-Assad.

Nach dem Zerfall des osmanischen Reichs setzte sich panarabistischer Nationalismus im mittleren Osten als dominante Ideologie gegen die herrschenden kolonialen Eliten durch (Devlin, 1991). Unter der Leitung von Michel Aflaq und Salah al-Din Bitar gründete sich die Partei auf ihrem Gründungskongress im April 1947.

Laizismus war bezeichnend für die baathistische Ideologie. Das Arabisch-Sein wurde nicht nach religiösen oder geographischen Merkmalen bestimmt, sondern nach der arabischen Sprache als Erstsprache. In dieser konstruierten Homogenität wurden Kurd\_innen in Rojava als Einwander\_innen aus der Türkei gesehen. Die baathistische Regierung führte, zwischenzeitlich durch Machtverlust unterbrochen, über mehrere Jahre das Projekt durch, einen "arabischen Gürtel" entlang des kurdisch besiedelten syrisch-türkischen Grenzgebiets zu errichten, in dem arabische Familien in neu gebauten Dörfern angesiedelt wurden. Viele Kurd\_innen wurden enteignet und ihr Grund wurde ohne Entschädigung den arabischen Familien zugesprochen, anderen wurde gänzlich der Status als Bürger\_innen abgesprochen und somit das Recht auf Besitz und die

Errichtung eines Wohnsitzes (Flach et al., 2015). Während armenischer und assyrischer Unterricht in zweisprachiger Form geduldet wurde, fanden kurdische Sprachkurse in der Illegalität statt und wurden zumeist von kurdischen Parteien organisiert. Auch jedweder andere kurdische Sprachgebrauch in der Öffentlichkeit war verboten. Aktivitäten kurdischer Parteien waren zwar ebenso verboten, wurden aber, dem pragmatischen Machtanspruch des Assad-Regimes geschuldet, in einem begrenzten Ausmaß informell geduldet.

Viele Kurd\_innen weigerten sich trotzdem die Region zu verlassen, so lebten Araber\_innen und Kurd\_innen nicht gemeinsam, aber parallel zueinander - die Araber\_innen mit signifikant besserer Infrastruktur. Die Integration dieser arabischen Siedler\_innen in Rojava sollte nach der Vertreibung des Assad-Regimes zur Herausforderung für die kurdische Selbstverwaltung werden, da sie im Regelfall Regime-treu waren oder mit jihadistische Sympathien pflegten (Schmidinger, 2018).

Nach Israel sah man die kurdische Autonomie als die größte Gefahr für Syrien als Nationalstaat: " [...] Hilal had argued that the Kurds were to be regarded as a group, that would do everything to create its own homeland, which is why they should be regarded as enemies despite religious commonalities. There was supposedly no difference between Israel and Kurds since "Jewishstan" and "Kurdistan" were entities of the same sort. "(zit.n. Schmidinger, 2018)

Die kurdische Bevölkerung wurde also als nicht-arabischer Eindringling identifiziert und der Bodenschätze ihres Siedlungsgebietes beraubt. Arbeitsplätze und Wertschöpfung, die der Verarbeitung der extrahierten Rohstoffe erstehen, wandern in den Süden des Landes, in jeden Fall weit weg von dem disproportional verarmten Westkurdistan. Von dem geringen Einkommen, dass die Kurd\_innen hatten, kauften sie die fertig verarbeiteten Rohstoffe, die teilweise buchstäblich an ihnen vorbeiflossen. Die

Grundsteine der organisierten kurdischen Freiheitsbewegung wie sie heute in Syrien agiert wurde 2004 gelegt. Bei einem Fußballspiel kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Kurd\_innen und Araber\_innen. Die syrische Polizei reagierte darauf mit massiver Repression gegen die kurdischen Beteiligten, was zum Tode mehrerer hundert Kurd\_innen führte (Tank, 2017). Dieses Ereignis ließ den Unmut in der kurdischen Bevölkerung wieder erstarken. Die Organisations- und Bildungsarbeit in dieser Phase wurde vor allem von Frauen getragen, da Männer die politisch mobilisierten verhaftet wurden (Tank, 2017).

Die Repressionen des Regimes beschränkten sich allerdings nicht nur auf Kurd\_innen und andere Minderheiten. In ganz Syrien wurde unter Unterdrückung jeder Opposition autoritäre Klientelpolitik betrieben, die sich nur durch einen ausgeprägten öffentlichen Sektor halten konnte.

## 3.1 Arabischer Frühling

Die Unruhen und Proteste, die 2011 Syrien im Zuge des arabischen Frühlings erfassten, blieben auch in Westkurdistan nicht aus. Die lokalen kurdischen Parteien organisierten regelmäßig Demonstrationen, aber auch zivilgesellschaftlicher Protest, vor allem bei Jugendlichen war weit verbreitet. Das Momentum, das durch den Bürgerkrieg auf der Seite der Kurd\_innen lag, wurde ohne Zögern ausgenutzt. Unter der Vermittlung des Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan im Irak Masud Barzani, kam es zur Gründung des kurdischen Nationalrats (*Encûmena Niştimanî ya Kurdî li Sûriyeyê; Abk. ENKS engl. KNC – Kurdish National Council*) an dem sich 16 Parteien beteiligten. Die PYD (Partiya Yekitiya Demokrat; dt *Partei der Demokratischen Union*), die später treibende Kraft im Aufbau der Autonomen Administration Rojavas werden sollte, beteiligte sich zunächst nicht an dieser Versammlung. Zu diesem Zeitpunkt gab es ein Machtzerren um die Dominanz in der syrisch-kurdischen Parteienland-

schaft zwischen der PKK-affiliierten PYD und dem syrischen Ableger Barzanis Partei, PDK (*Partiya Demokrata Kurdistanê Abk. PDK, dt .Demokratische Partei Kurdistans*). Daher war Barzanis zentrale Rolle in den Verhandlungen ein Affront für die PYD (Schmidinger, 2018). Parallel zu Streitigkeiten und Umstrukturierungen in den konkurrierenden Parteien, wurde die Protestwelle des arabischen Frühlings in Rojava vor allem durch nicht-parteilich organisierte Jugendliche weitergetragen.

2012, nach dem es zu einer Übereinkunft zwischen dem KNC und der PYD gekommen war, zogen sich Regime-Kräfte aus der Region zurück. Man vermutet, dass eine geheime Abmachung mit der PYD der Auslöser für diesen Rückzug war. Von Seiten der PYD wird kommuniziert, dass man dem Regime ein Ultimatum gestellt habe: Entweder sie ziehen ihre Kräfte ab oder die PYD öffnet eine weitere Front – Syrien befand sich zu dem Zeitpunkt bereits im Bürgerkrieg. Andere unterstellen der PYD dem Regime zugesichert zu haben, den Frieden im Norden zu wahren, im Gegenzug für den Rückzug (Schmidinger, 2018). Der Hintergründe ungeachtet wurden Positionen der syrischen Armee durch die von der PYD gegründete YPG/YPJ (Yekîneyên Parastina Gel, dt. Volksverteidigungseinheiten/ Yekîneyên Parastina Jin, dt. Frauenverteidigungseinheiten) übernommen. Nur zentrale öffentliche Positionen in Qamislo wie z.B der Flughafen blieben in der Hand des Regimes.

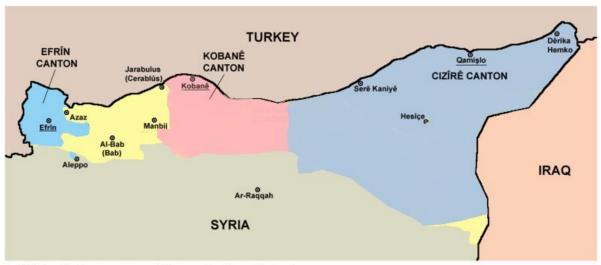
# 3.2 Beginn der Autonomen Administration

2014 rief die PYD (Partiya Yekitîya Demokrat; dt *Partei der Demokratischen Union*) einseitig die drei autonomen Kantone Afrin, Cizre und Kobane aus. Das System, auf dem die Verwaltung dieser Kantone basieren sollte, war der Demokratische Konföderalismus, nach dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Auf die genaueren ideologischen Hintergründe wurde bereits eingegangen, es sei an dieser Stelle nochmals

erwähnt, dass der Demokratische Konföderalismus, entgegen der Position der Kurd\_innen im Irak und den Bestreben der PKK vor Öcalans Inhaftierung, einen kurdischen Nationalstaat beziehungsweise Nationalstaatlichkeit als solche ablehnt (Öcalan & Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan, 2012).

Zwar fehlte es der PYD an Legitimation in ihrem Schaffen, da viele kurdische Parteien innerhalb der ENKS es ablehnten mit ihnen Zusammenarbeiten, aber spätestens seit der erfolgreichen Verteidigung Kobanes gegen den Islamischen Staat kamen YPG/YPJ zu so viel internationaler wie nationaler Anerkennung zu, dass das originäre Legitimationsdefizit in den Hintergrund gerückt ist. Im Sinne der Zusammenarbeit mit Bündnispartner\_innen wurde das militärische Bündnis, in dem YPG/YPJ als treibende Kraft agieren, in SDF Syrian Democratic Forces umbenannt.

Die Abbildung 1 zeigt die Ausdehnung Rojavas in 2016 und zeigt die drei Kantone. Afrin liegt am weitesten westlich von den drei Kantonen. Die gleichnamige Hauptstadt wurde als Handelsknotenpunkt konzipiert und ist anderweitig stark agrarisch geprägt. Hauptexport der Region sind Oliven. Weiter östlich liegt der Kanton Kobane der für seine Grenze zur Türkei und die Wasservorkommen durch den Euphrat von großer Bedeutung ist. Der östlichste und größte der drei Kantone ist Cizre, der wegen seiner vielen Weizenfelder und des fruchtbaren Bodens als Kornkammer Syriens galt. In allen drei Kantonen gibt es eine Durchmischung von Araber\_innen, Suryoye, Armenier\_innen und anderen Volksgruppen (Flach et al., 2015).



OOO - De facto cantons of Western Kurdistan (Rojava)

O - Territories claimed by Western Kurdistan (Rojava), but not controlled by the Kurds

Abbildung 1 Rojavas Einflussbereich Stand März 2016

## 3.3 Rojavas Räte

Als der arabische Frühling Rojava erreichte, begann die PYD in Regionen, in denen sie stark vertreten waren, mit dem Aufbau unparteilicher Räte und analogen Frauengremien. Von dort aus weiteten sie die Strukturen auf Westkurdistan und syrische Regionen mit einer großen kurdischen Bevölkerung aus. Zwar blieben in einigen arabischen Gebieten und jenen, in der die übrigen Fraktionen des ENKS verankert sind, der Aufbau aus, allerdings wurde die Möglichkeit sich der Selbstverwaltung anzuschließen auch in Gebieten außerhalb YPG-Kontrolle ausgesprochen. So konnte bereits im Sommer 2011 ein Treffen von Delegierten der gesamten Region zur Gründung des Volksrates Westkurdistans (MGRK – Meclîsa Gel a Rojavayê Kurdistanê) stattfinden (Flach et al., 2015).

Trotz der Vermeidung des Wortes *Hierarchie*, lässt sich durch die Beschreibung des Selbstverwaltungs-Systems als *pyramidenförmige* Organisation eine hierarchische Struktur herleiten. Diese Hierarchien operieren zwar bottom-up und nicht top-down, deuten aber dennoch auf einen Stufenbau in Verantwortung und Zuständigkeit. Den Sockel der Pyramide bilden die Kommunen. Je nach Bevölkerungsdichte der Region kann eine

Kommune ein Zusammenschluss von 30 bis 400 Haushalten sein. Die nächsthöhere Ebene besteht aus Stadtteilräten und Dorfgemeinschaftsräten. Die Stadträte und jene aus dem umliegenden Land schließen sich zur nächsten ebene zusammen, nämlich den Gebietsräten. Die Vollversammlung der Gebietsräte entspricht dem MGRK, dem obersten Rat. Diese Gremien werden meist in 2-jährigen Perioden gewählt. Der niederschwellige Zugang zur Mitgestaltung von lokaler Infrastruktur und Wirtschaft förderte Teilhabe steigerte die Nachfrage nach mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung (Wilgenburg & Allsopp, 2019).

Die Leitung einer Kommune wird durch die Ko-Vorsitzenden (jeweils eine Frau und ein Mann) und den Vertreter\_innen unterschiedlicher Kommissionen der Kommune organisiert. Die Ko-Vorsitzende wird ausschließlich durch den Frauenrat der Kommune gewählt, beim Wahlgang für den männlichen Ko-Vorsitz sind alle beteiligt. Es gibt 7 verschiedene Kommissionen, die eine jede Kommune fakultativ nach Bedarf und Nutzen einrichten kann, nur der Frauenrat ist für jede verpflichtend. Die Kommune tritt in 2-Monatingem Intervall zusammen, die Koordination trifft sich wöchentlich.

Die zentrale Regierungsform wurde nicht nur ideologisch abgelehnt, sondern erwies sich auch aus der der praktischen Erfahrung als nicht geeignet, um die kurdischen Gebiete zu verwalten. Jeder Kanton hat einen Legislativrat, einen Exekutivrat und eine Art Verfassungsgericht. Der Legislativrat besteht aus 101 Mitglieder aus dem jeweiligen Kanton und entspricht dem *Parlament* des Kantons. Ziel bei der Zusammensetzung des Rates ist möglichst repräsentativ für die lokale Bevölkerung zu gestalten, sodass alle Volksgruppen/Religionen vertreten sind. Jedem Kanton sitzt ein Premier vor und zwei Stellvertreterinnen, die meist der PYD zugehörig sind. Oberstes Gremium der Selbstverwaltung ist der Syrian Democratic Council, der das politische Pendant zu SDF darstellt.

Schon 2007 startete die PYD vereinzelt mit sozial-kooperativen Projekten, die allerdings noch keinen Anspruch stellten, sich gegen das Regime zu stellen bzw. dessen Verwaltung zu verdrängen. Mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs und der zunehmenden Militarisierung widerständischer Kräfte richtete auch die YPG/YPJ Militär Check-Points ein, die teilweise parallel zu jenen der Regime-Kräfte liefen. Ebenso lief langsam der Aufbau von Gefängnissen und einer eigenen Gerichtsbarkeit an. In diesem Prozess versuchte die YPG andere kurdische militante Gruppen zu entwaffnen, um eine Fragmentierung der Bewegung zu verhindern. Der einseitige Ausruf der Autonomen Kantone Afrin, Cizre und Rojava führte schließlich zum Ausschluss der PYD aus dem ENKS. Es wurde ein Komitee gegründet aus 60 RepräsentantInnen der Kantone und mit der Erstellung einer interimistischen Verfassung und Wahlordnung beauftragt. 2014 wurde die *Charter of the Social Contract* veröffentlicht:

"We the peoples of the areas of self-administration of Democratic Kurds, Arabs and Assyrians (Assyrian Chaldeans, Arameans), Turkmen, Armenians, and Chechens, by our free will have announced this to materialize justice, freedom and democracy in accordance with the principle of ecological balance and equality without discrimination on the basis of race, religion, creed ,doctrine or gender, to achieve the political and moral fabric of a democratic society in order to function with mutual understanding and coexistence within diversity and respect for the principle of self-determination of peoples, and to ensure the rights of women and children, the protection defense and the respect of the freedom of religion and belief."- Auszug aus dem Vorwort (Kurdish Institute of Brussels, 2014)

# 3.4 Rojavas Ökonomie

Kurdisch besiedelte Gebiete in Syrien liegen auf sehr fruchtbarem Boden und weisen große Ölvorkommen auf, jedoch kam die lokale Bevölkerung selten in den Genuss dieser Bodenschätze. Beinahe 50 % des syrischen Weizens und fast 60% des syrischen Öls stammen allein aus dem kurdischen Kanton Cizre. In der Region findet sich allerdings keine nennenswerte Öl-Raffinerie. Landwirtschaftlicher Anbau wurde unter dem Baathismus streng von Damaskus reglementiert, sodass Rojava zwar dem Rest Syriens als Kornkammer diente, aber sich nicht selbständig versorgen konnte (Ali B., 2016). 2014 konnte eine Hungersnot nur knapp abgewendet werden, da es in der Region zu wenige Mühlen gab, um das Getreide weiterzuverarbeiten. Die Landwirtschaft in Cizre war in den Zeiten des Regimes nie zur Selbstversorgung gedacht und war industriell export-orientiert angelegt. Dies erschwerte die Übernahme zu Bürgerkriegszeit, da chemische Dünger und andere benötigte Mittel nicht zu beschaffen waren. Inzwischen hat es die Selbstverwaltung auch geschafft Öl selbst zu raffinieren, das produzierte Diesel ist jedoch von schlechter Qualität. Die Güter, vor allem das Rohöl, wurden aus der Region ausgefahren, in anderen Teilen Syriens weiterverarbeitet und als fertige Waren wieder an Kurd innen in der Region verkauft. Diese binnenkolonialistische Politik war darauf ausgelegt das kurdische Gebiet strukturell zu schwächen. Remziye Mihemed, Cizres Finanzministerin sagte dazu in einem Interview mit Civaka Azad: "Es wäre unmöglich gewesen, drei Nähmaschinen für eine Textilwerkstatt zu besorgen. Weil im nächsten Moment, ein oder zwei Tage später, Regimefunktionäre ins Geschäft gekommen und den Laden geschlossen hätten." (Civaka Azad, 2014)

Resat Kaymaz, Vorstandsmitglied der Union der Kooperativen Rojavas räumt ein, dass der Kapitalismus immer noch die dominante Handelsform in Rojava ist, aber an dem Aufbau einer Alternative über Genossenschaften gearbeitet wird. In den Landwirtschaftsgenossenschaften bearbeiten jeweils 30-60 Familien gemeinsam den zugeteilten Boden. 20% des Ertrags geht an die Selbstverwaltung, 5% geht an den Dachverband der Kooperativen, weitere 25% gehen in die Kassa der Genossenschaft und

die verbleibenden 50% werden unter den Mitgliedern aufgeteilt. Diese Aufteilung der Erträge kann sich allerdings von Kooperative zu Kooperative unterscheiden, auch die Löhne und Arbeitszeiten werden intern vereinbart, aber alle entrichten Beiträge an den Hauptverband. Mit diesen Einnahmen wird der Aufbau von neuen Kooperativen finanziert (Neues Deutschland, 2018). Die Genossenschaften stehen nicht in Konkurrenz miteinander, sondern erwachsen den regionalen Strukturen der Selbstverwaltung.

Mit Handelsgenossenschaften wird zusätzlich versucht eine Form der Preiskontrolle auszuüben. Die Genossenschaften beschaffen groß angelegt Nahrungsmittel und andere Güter des alltäglichen Gebrauchs und verkaufen diese zu niedrigen, fixen Preisen. Die prekäre Versorgungslage bietet Gelegenheit für Wucher und Betrug, dem dadurch Marktmacht genommen wird; Händler\_innen werden gezwungen ihre Preise zu senken oder gänzlich vom Markt gedrängt. Kaymaz selbst sagt: "Die Kooperativen sollen eine Antwort auf die kapitalistische Ökonomie sein. Ob das ausreichen wird, kann ich nicht sagen." (Neues Deutschland, 2018)

Die Schließung der Außengrenzen, insbesondere jener zur Türkei ab 2014, haben Schmuggelei auch innerhalb Syriens zu einem relevanten Teil der westkurdischen Kriegsökonomie werden lassen. Die Nachbarin Türkei unter der AKP-Regierung war stets Gegnerin kurdischer Autonomie bestreben und nutzt dementsprechend die geographische Nähe auf diverse Art und Weise um die kurdischen Kräfte in Syrien, allen voran die der PKK nahestehenden PYD, unter Druck zu setzen bzw. aktiv zu schaden (Spiegel, 2020). Im Frühjahr 2020 etwa wurde die Wasserversorgung des Gebietes durch den Euphrat um mehr als die Hälfte gedrosselt. Das Verhältnis der westkurdischen Selbstverwaltung zur Autonome Region Kurdistans im Irak ist zwar nicht derart offen feindselig jedoch trotzdem von politischen Konflikten geprägt (Wilgenburg & Allsopp, 2019). Die Peschmerga, die Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistan im Irak,

haben auch einen syrischen Ableger, der mit irakisch-kurdischen Kräften zusammenarbeitet, allerdings nur auf militärischer Basis.

Primäre Einnahmequellen sind die eingangs erwähnten Bodenschätze der Region – Weizen und Öl. Allerdings können beide nicht zu ihrem vollsten Potential genutzt werden: Mangels Raffinieren in der Region mussten eigenständige Wege gefunden werden um das Rohöl zu verwerten, was auch passiert ist – allerdings in Form von sehr krudem Diesel, welcher sowohl in der Produktion als in der Verwendung gefährlich und von minderer Qualität ist. Die für die Landwirtschaft notwendige Bewässerung über den Strom Euphrat unterliegt der Willkür Ankaras. Der Ausbau dieser Sektoren leidet unter den diversen Handelsembargos, die die Beschaffung notwendiger Technologien erschweren – etwa die Einfuhr von Düngemittel aus der Türkei.

Sowohl die Türkei als auch die Autonome Region Kurdistan im Irak haben streckenweise Mauern entlang der Grenzübergänge errichtet, um den Personen- und Warenverkehr zwischen den Gebieten zu unterbinden. Es wurden zwar keine Waren aus dem IS-Gebiet importiert, allerdings wurden auf ihre Durchfuhr Zölle erhoben. Es gab auch "Food-For-Oil"-Arrangements in IS bzw. von Rebellen übernommenen Regionen (Wilgenburg & Allsopp, 2019).

Den größten Teil der Ausgaben der Selbstverwaltung machen Sicherheit und Kriegsmittel aus, nämlich 70% (20 Millionen US-Dollar). Die Bemühung in Bildung, Infrastruktur und vor allem in die Grundversorgung zu investieren ändern nichts daran, dass Rojava sich seit seiner Ausrufung fast konstant im bewaffneten Konflikt befand. Demnach ist auch seine politische Ökonomie kriegswirtschaftlich zu deuten – eine sozialistische Ökonomie der Knappheit.

2015 erließ die Selbstverwaltung ein Gesetz wonach das hinterbliebene Eigentum von Menschen, die aus Selbstverwaltungs-Territorium geflüchtet

sind, unter geregelter Kompensation, von der Administration vergesellschaftlicht werden können (Wilgenburg & Allsopp, 2019). Zwar gibt es
Bekenntnisse, dass "Enteignungen nicht der Weltanschauung" der Selbstverwaltung entsprächen (Neues Deutschland, 2018), so wurden auch der
Selbstverwaltung positiv-gesinnte Personen enteignet, wenn es als
dringlich genug empfunden wurde (Schmidinger, 2018). Das stete Risiko,
dass eine Investition durch die Autonome Administration enteignet werden
kann, hat selbstredend investitionshemmend gewirkt.

Anstelle eines Bankensektors kommt es in Rojava zu Finanztransaktionen über das Hawala-System. Das Hawala-System ist eine im muslimischen Raum verbreitete Form des informellen Zahlungsverkehrs, vor allem für internationalen Geldtransfer. Das Hawala-System kann an Stelle von oder parallel zu einem traditionellen Bankensektor bestehen. In seinen Grundzügen funktioniert das System wie folgt: Person A gibt einem Hawaldar A das zu transferierende Geld in bar. Ein Hawaldar B, zu dem Hawaldar A im Ausgangsland in Kontakt steht zahlt der Zielperson die Summe in der lokalen Währung aus. Anschließend wird die Schuld zwischen Hawaldar A und Hawaldar B unabhängig von der Transaktion zwischen Person A und der Zielperson beglichen. Die Verbindung funktioniert meist über familiäre Netzwerke (El Qorchi et al., 2003). Trotz des informellen Charakters funktioniert das System sicher und meist kostengünstiger als über Banken, zum einen über das familiäre Netzwerk, zum anderen da Hawaldars für ihr Geschäft von einem guten Ruf abhängen und somit zu Verlässlichkeit und Ehrbarkeit angehalten sind. In Rojava hat sich die Branche besonders lukrativ entwickelt, da inzwischen bis zu 6% der zu transferierenden Summe als Gebühren eingenommen werden. Das Geld bleib allerdings selten in der Region, da immer noch Kriegszustände herrschen und die potenzielle Beschlagnahme von Investitionen durch die YPG/YPJ weiterhin abschreckend wirkt. (Schmidinger, 2018).

Ein weiteres Versorgungsproblem entsteht durch die 500.000 Binnen-Geflüchteten, die im kurdischen Territorium Unterschlupf vor dem IS suchen. Mangels Unterstützung durch größere NGOs mussten sie zu einem großen Teil durch die Bevölkerung versorgt werden.

Es lässt sich jedenfalls nicht bestreiten, dass der Krieg schwerwiegende ökonomische Folgen für die Region hatte. Belastbare wirtschaftliche Daten zu Rojava zu finden stellt sich allerdings als schwieriges Unterfangen heraus. Über das Rojava Information Centre konnte ich an Dokumentationen der Verluste und Plünderungen, die im Zuge der türkischen Invasion in Afrin gelangen. Diesen zufolge wurden 278.370 Nutztiere, mehrere Tonnen Getreide in Silos durch die türkische Armee geplündert (siehe Anhang). Ähnliches gilt für alle anderen Daten, die meine Recherche ergeben haben. Angaben fehlen entweder gänzlich oder sind nur schwer verifizierbar. Die Analyse der westkurdischen Kriegswirtschaft über Makrodaten mag außerhalb meiner Möglichkeiten liegen, was mich jedoch nicht von einem theoretischen Blick abhalten soll.

# 4 Kriegswirtschaft

Der sozialdemokratische Volkswirt Otto Neurath machte es nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zur Aufgabe die Kriegswirtschaftslehre als Disziplin zu etablieren. Zum einen sei die Wirtschaftstheorie, die Kriege als Kalamitäten ausblendet unvollständig und reduktionistisch, zum anderen gelte es aus dem Ausnahmezustand Lehren für Friedenswirtschaft zu ziehen. Die Umstände, um das Thema dieser Arbeit und die Ausganglage in der Neurath sein Werk schuf sind denkbar verschieden, dennoch haben gewisse Elemente ihre Aktualität bewiesen.

# Kriege und Wachstum

Die Ansicht, dass Kriege der Wirtschaft schaden ist eine verhältnismäßig moderne. In den Kriegen des Altertums erübrigte sich ein großer Teil der Kosten-Nutzen Abwägungen, da das das siegreiche Land meist den Sieg durch Plünderungen feierte und die Kriegsverlierer\_innen enteignete, versklavte und ihre Ländereien in das eigene Reich eingliederte. Zu dieser Zeit waren Kriegsmotive leichter für die Gesamtbevölkerung nachvollziehbar. Sollte der Patriotismus, um die Ehre des Vaterlandes zu verteidigen nicht ausreichen, schaffte der Ausblick auf Plünderungen und Grund für jüngere Söhne genug Anreiz, um die Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Der Blick auf Kriege als ökonomisch lukratives Unterfangen ist erst ab dem 18. Jahrhundert stetig gekippt. In England befand sich eine Freihandelsbewegung in der Entstehung, mit dem Vater der marktliberalen Nationalökonomie Adam Smith als federführende Persönlichkeit. Nach den Prinzipien des Freihandels waren Kriege nichts als disruptive und schädli-

che Ereignisse, die den Markt verzerren – demnach sollten Zölle und Handelshemmnisse gemeinsam mit Kriegen abgeschafft werden. Dieses Verständnis sei auch der britischen kolonialen Politik geschuldet. Staaten wie England und Frankreich konnten über merkantilistische Politik in frühen Phasen der Industrialisierung eine starke Volkswirtschaft aufbauen. Eine ähnliche protektionistische Phase des inneren Aufbaus in anderen Staaten stellte eine Bedrohung für Großbritannien dar. Eine autarke Wirtschaft, die nicht von britischen Importen abhängig ist, war dem Königreich ein Dorn im Auge (Neurath, 1919).

Tatsächlich kann ein Krieg förderlich für die Wirtschaft einer Nation sein, meint Neurath. Zumal kommt man der Vollbeschäftigung durch den Einzug arbeitsfähiger Menschen und der gesteigerten Kriegsproduktion näher als es zu Friedenszeiten möglich wäre. Einfuhrverbote und Warenknappheit schaffen Anreize Güter zu produzieren, die für gewöhnlich aus dem Ausland importiert wurden. Somit werden die Kapazitäten für Selbstversorgung erhöht und die Abhängigkeit von auswärtigen Handelspartner\_innen reduziert. Hier begründet er auch die Ineffizienz der durchschnittlichen kapitalistischen Volkswirtschaft in Friedenszeiten. In einer Volkswirtschaft, in der alle Ressourcen zu ihrem vollen Potential verwirklicht werden, sollten Kriege disruptiv sein und den etablierten Wohlstand zerstören, nicht die Ökonomie aufbauen und stärken. Neurath plädiert dafür die effiziente Ressourcen Verwendung (auch die der Ressource Mensch) und das Absehen von Gewinnorientierung auch ohne die Zerstörung und das Elend eines Krieges möglich sind, es aber am politischen Willen fehle dies umzusetzen.

"Man kennt eine Überproduktion an Büchern, an Tuch, an Ärzten usw. Was bedeutet dieses Wort? Offenbar nicht, daß mehr produziert wird, als man konsumieren kann. Denn es ist doch klar, daß es immer noch Menschen gibt welche für Bücher Verwendung hätten, daß es Menschen gibt, welche sich

ungenügend bekleiden. Unter dem Worte Überproduktion versteht man etwas anderes, es bedeutet, daß die weitere Produktion den Produzenten keine Vermehrung des Reingewinnes bringen würde." (Neurath 1919, S.44)

Ob und wie die die Konkurrenzfähigkeit eines Landes durch militärische Aktivität profitiert hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Besteht das Militär aus Söldnern, kann ein Fabrikant seinem angeworbenen Arbeiter mehr Lohn anbieten und somit halten. Zentrale Fach-/Arbeitskräfte können weiterhin zur Produktion beitragen und verdienen dabei besser. Eine Wehrpflicht trifft eine industrielle Fachkraft genauso wie einen unausgebildeten Feldarbeiter. Ebenso wichtig ist der Industrialisierungsgrad und die Bodennutzung. Die Arbeit eines eingezogenen Bauers kann leicht durch Mehrarbeit der gesamten Familie ersetzt werden, die Arbeitskraft eines Industriearbeiters nur schwer. Handelt es sich allerdings um Großgrundbesitz, so besteht für die hinterbliebene Familie nur wenig Anreiz Land zu bewirtschaften welches ihnen nicht gehört (Neurath 1919).

## 4.1.1 Von der Geldwirtschaft zur Naturalwirtschaft

Neurath sah nach dem ersten Weltkrieg die Möglichkeit für einen Übergang von einer Geldwirtschaft hin zu einer Naturalwirtschaft – also eine Wirtschaft in der Waren gegen Waren getauscht werden anstelle von Geld. In Kriegszeiten muss ein Staat eine große Menge an Naturalien aufstellen – von Soldtruppen bis Pferde und Verpflegung für das Heer. Das nötige Geld kann durch Geldemission freigesetzt und durch Steuern wieder eingenommen werden und in die Beschaffung der Naturalien fließen, allerdings kann die achtlose Ausweitung der Geldmenge zur Hyperinflation führen, welche sich selbst mit dem ausgedehnten wirtschaftspolitischen Handelsspielraum einer Kriegsökonomie schwer bis kaum begradigen lässt. Eine direkte Naturaliensteuer, bei der Geldmittel umgangen werden, stellt eine monetär weniger riskante alternative dar und wurde etwa von den Konföderierten Südstaaten im amerikanischen Bürgerkrieg verwendet.

Auch im kriegskommunistischen Russland hatte die Geldwirtschaft eine nachrangige Rolle, vordergründig wurde mit Naturalien gehandelt (Nove, 1972). Am ehesten kann man in Rojava bei den Kooperativen und einigen Grundnahrungsmitteln von einer Naturalwirtschaft sprechen. Mit Neuraths Eingebungen vorangestellt widme ich mich nun Rojavas Kriegsökonomie.

# 4.1.2 Die YPG/YPJ

Die Yektîya Xwe Parastina Gel, die Vorläufer-Organisation der heutigen YPG, wurde im Zuge des arabischen Frühlings in Syrien gegründet. Daran beteiligt waren vor allem Jugendliche. Zweck der Organisation war es Demonstrierende vor Repressionen bei Kundgebungen zu schützen, um in größeren Mengen mobilisieren zu können. Im Folgejahr kehrten viele ehemalige PKK-Mitglieder zurück, um die Organisation in ihrem Aufbau zu unterstützen. Bei dem offiziellen Gründungskongress der heutigen YPG 2012/13 verkündeten sie, dass sie keiner politischen Partei, sondern den gewählten Organen der Bevölkerungen unterstellt sind und lösten sich somit formell von der PYD, der sie bis dahin angehörig waren.

Die erste größere Operation der YPG war die Vertreibung von Regimekräfte im Juli 2012. Während bei Knapp u. Flach von heftigeren Auseinandersetzungen mit dem Regime die Rede ist, beschreibt Schmidinger, dass es kaum zu Gefechten kam. Beide sind sich darin einig, dass ein rascher Rückzug erfolgte. 2014 gründeten sich die Frauenverteidigungseinheiten YPJ. Es waren bereits zuvor Frauen in der YPG aktiv, jedoch hatten viele Familien Schwierigkeiten damit, ihre Töchter aus der familiären Aufsicht zu entlassen. Insgesamt stieß das Bild einer bewaffneten Frau zunächst auf Unmut. Die Institutionalisierung der YPJ als reine Fraueneinheit hat den Zuspruch zur Beteiligung von Frauen gefördert (Flach et al., 2015). Soldatinnen sind überdies nichts Fremdes in der kurdischen Freiheitsbewegung. Sowohl PKK als auch Peschmerga hatten Frauen in ihren Reihen, wobei Frauen in den Peschmerga seit 1991 nicht mehr an Gefechten

teilnehmen dürfen. Viele Frauen, die in der Frauenarmee der PKK YJA-Star kämpften, reisten nach Rojava, um den Aufbau der YPJ zu unterstützen. Schätzungen nach machten Frauen ein Drittel der in Summe 17.000 Kämpfer\_innen der PKK aus (Tank, 2017).

Im Jahr 2014 wurde eine sechsmonatige Wehrpflicht für alle Männer zwischen 18 und 30 Jahren eingeführt. Die Wehrpflichtigen verdienten keinen Sold, sondern oftmals eine Unterstützungsleistung zwischen 118-180 US-Dollar (Wilgenburg & Allsopp, 2019). Die Wehrpflichtigen nahmen selten an Gefechten an der Front Teil, sondern wurden an lokalen Verteidigungsposten platziert. Den Männern wurde es später freigestellt sich der YPG anzuschließen. YPG-Mitglieder mit zu versorgenden Familien erhielten oft denselben Sold, anderweitig gibt es keine Remuneration. Das operative Militärbündnis Rojavas ist die Syrian Democratic Forces, kurz SDF, in der verschiedenen Fraktionen unterschiedlicher Herkunft zusammenarbeiten. Bis zu ihrer Vertreibung 2019 waren YPG/YPJ treibende Kraft in dem Bündnis. Ziele der SDF waren zum einen die Bekämpfung des IS für internationale Legitimation und zum anderen die territoriale Verbindung der drei Kantone für lokale Legitimation - beides forderte die Ausdehnung des kontrollierten Gebietes. So kam es, dass auch in Gebieten die nicht mehrheitlich kurdisch besiedelt waren Wehrpflichtige aus der Bevölkerung eingezogen wurden, was viele, die die PYD nicht unterstützten zur Abwanderung veranlasste (Wilgenburg & Allsopp, 2019).

Die YPG/YPJ sind nach einer Guerillaarmee organisiert, da viele Elemente der Struktur von der PKK übernommen wurden. Acht bis neun Personen bilden einen Zug (*Taxim*), zwei Züge bilden eine Einheit (*Bölük*) und zwei Einheiten bilden ein Bataillon (*Tabur*)(Flach et al., 2015). Die Kämpfer\_innen tragen weitgehend leichte Waffen russischer Bauart, vor allem AK-47s, Panzerabwehr-Granatwerfern und Maschinengewehren.

#### 4.1.3 Women at War

Das Bild der YPJ-Kämpferin mit blumig gemustertem Schal und einer Kalaschnikow in der Hand war in westlichen Medien ein beliebtes Motiv. Insbesondere nach der erfolgreichen Befreiung von Kobane gegen den Islamischen Staat 2014 kam den Kämpferinnen viel internationale Aufmerksamkeit zu. Der Balance-Akt zwischen Bewunderung und Fetischisierung bleibt bis heute spannend zu verfolgen. Tatsächlich sind die ursprünglichen Motive Öcalans Frauenpolitik in der PKK nicht unumstritten. Der Politikwissenschaftler Özcan erklärt die Entwicklung nicht durch ehrliches emanzipatorisches Bestreben, sondern durch nüchterne Zweckrationalität (Tank, 2017). Die Organisation musste wachsen und stieß an die Grenzen ihres Mobilisierungspotenzials in der männlichen Bevölkerung. Des Weiteren bot sich Feminismus als schlagkräftiges Mittel gegen die noch weit verbreiteten feudalen Strukturen innerhalb der kurdischen Bevölkerung an. Özcan impliziert also, dass emanzipatorische Frauenpolitik und , spricht jedoch implizit sowohl den Frauen aus der Gründungsphase als auch den späteren Mitglieder Eigenmächtigkeit in ihrem Aktionismus ab. Der Ursprung der Verankerung des Feminismus in der kurdischen Freiheitsbewegung mag streitbar sein, unumstritten bleibt jedoch ihre Wirkung für Frauen. Nicht nur kurdische Frauen, Frauen aller ethnischer Zugehörigkeit in Syrien haben von der feministischen Arbeit der Selbstverwaltung profitiert, sei es die Frauen-Kooperativen mit denen Frauen erste Schritte zur Selbständigkeit vermittelt werden über die unzähligen Formen in denen Bildungs- und Förderungsarbeit, sowie Gewaltprävention geleistet wird.

# 4.1.4 Geschlecht und Krieg

Der Beitrag von Frauen in der Geschichte wird oftmals unsichtbar gemacht, bei Kriegen verhält es sich nicht anders. Die Rolle die die Geschichte Frauen in Kriegszeiten zugewiesen hat, nämlich jene der fürsorgenden Soldatenmutter oder der unschuldigen Trümmerfrau, stellt sie in eine passive Situation in der sie keine proaktive Rolle im Kriegsgeschehen spielen und sich lediglich auf Reproduktionsarbeit konzentrieren. In kriegerischen Auseinandersetzungen werden Frauen in diesem narrativ oftmals als Ressource konstruiert, die es vor dem Fremden zu beschützen gilt – Eigentum, welches der Feind einem nehmen möchte. Dies impliziert auch dass die Wertigkeit einer Frau mit der Einnahme durch den Feind verfällt.

Sexualisierte Gewalt ist nicht nur eine der Grausamkeiten, die mit Kriegen oft einher gehen, sondern oft auch ein strategisches Werkzeug. Der tatsächliche Angriff wird nicht für die verletzten Rechte der Frau geltend gemacht sondern die Beschädigung des Eigentums des Mannes und der damit einhergehende Angriff auf dessen Männlichkeit (Thiele et al., 2010). Ein tragisches Beispiel für sexualisierte Gewalt als Kriegsmittel trug sich 2014 in den der Region um das Şingal-Gebirge zu. Im massenmörderischen Vorgehen des Islamischen Staats gegen die ethno-religiöse Gruppe der JezidInnen kam es zur Versklavung und Vergewaltigung von Frauen in Kindern in einem erschütternden Ausmaß. Familien der Betroffenen und NGOs versuchten die verschleppten Frauen freizukaufen zahlten Ablösen in Höhe von bis zu 30.000 US-Dollar pro Person. Dadurch ist ein lukrativer Markt für Zwischenhandel entstanden, also der Kauf von versklavten Jezidinnen mit der Aussicht eine hohe Ablöse zu erpressen. In Summe soll der IS 45 Millionen Dollar aus dem Frauen- und Mädchenhandel einge-

nommen haben. 2019, fünf Jahre nach dem Angriff, galten 2.000 Frauen und Kinder immer noch als vermisst (Schmidinger, 2019).

# 5 Die Selbstverwaltung in Rojava im Lichte früherer Konzepte und Praktiken

Die Ökonomie Rojavas vor Kriegszeiten entsprach einer Binnenkolonie die Rohöl und Weizen aus der Region exportierte. Weder Verarbeitung noch Industrie waren und sind in nennenswerter Form ausgeprägt. Mit der Übernahme durch die PYD und der Einführung der Selbstverwaltung konnten Formen der lokalen Weiterverarbeitung aufgebaut werden, allerdings nicht in dem Ausmaß der dem Potential der Region gerecht wurde. Dies ist kriegsbedingter Knappheit, kriegsbedingter Unsicherheit in Investitionen und konfliktbedingte Handelserschwernissen geschuldet. Die Beschaffung von Knowhow und Technologie für hochwertige Verarbeitung war ebenso erschwert, wenn nicht gänzlich verunmöglicht. Die Frage wie die ökonomische Entwicklung in einem friedlichen Rojava ausgesehen hätte erübrigt sich, da nicht davon auszugehen ist, dass das System Rojavas in dieser radikalen Form abseits von Kriegszeiten hätte entstehen können.

Anders als in syndikalistischen Strömungen ist der zentrale Gestaltungsraum des Menschen nicht der Betrieb, um welchen herum ein Lebensraum mit der Infrastruktur für die Grundversorgung aufgebaut wird, sondern die Kommune. Dies lässt sich durch den niedrigeren Industrialisierungsgrad der Region und der immer noch starken Stamm-/Clan-Struktur in der kurdischen Kultur erklären. Enteignete Bäuerinnen und deplatzierte Billiglohnkräfte verstanden sich nicht als Reservearmee des Proletariats. Die primäre Repression ging nicht vom internationalen Großkapital aus,

sondern vom modernen Nationalstaat der ihre Identität und Gleichwertigkeit aberkennt und sie zwangsweise der kapitalistischen Produktion unterwirft. Die Werte, die im Stamm als ehrenhaft galten, entsprechen ausnutzbarer Naivität im Kapitalismus. Sowohl Bookchin als auch Öcalan vertreten in ihren Schriften holistischere Positionen als die reine Demokratisierung des Arbeitsplatzes. Hierarchie und Monopolaufbau sind demnach nicht Verhaltensweisen, die sich nur auf ökonomischer Ebene des traditionellen Verständnisse äußern sondern in jeder Interaktion des Menschen mit seiner Umwelt geschehen.

Die Versorgung und Infrastruktur sind durchwegs durch die kriegswirtschaftliche Knappheit gezeichnet. Anders als in Titos Jugoslawien wurde nicht erst die Staatsmacht erlangt und dann andere Formen der partizipativen Demokratie top-down integriert. Der radikale Anspruch an Demokratie wird in Rojava nicht nur in Betrieben und Genossenschaften praktiziert, sondern versucht auf jeder politischen Ebene eingeführt. Der jugoslawische Soziologe Županov spricht davon dass die Arbeiterin betriebliche Entscheidungsmacht gemeinsam mit Verantwortung übernehmen müsse, um von ehrlicher Partizipation zu sprechen. Der Parteiapparat bestehend aus alten Partisan\_innen und jungen Marktliberalen wurde allerdings außen vor gelassen. In keinem der anderen besprochenen Systeme wurde Geschlechtergerechtigkeit eine so wichtige Rolle zugeschrieben. Partizipation in Betrieben ermöglicht zwar einer Arbeiterin mehr Mitbestimmung, verteilt aber die Reproduktionsarbeit in der Familie nicht gerechter. In der kurdischen Selbstverwaltung wurden feministische Politik strukturell verankert. Der Feminismus, der von den Kurdinnen in Rojava praktiziert wird legt nicht den Fokus auf die Ablegung der traditionellen Geschlechterrollen in der Tradition der Zweiten Welle oder gar mit der Dekonstruktion von Geschlecht an sich nach der Dritten Welle. Ziel ist die grundlegende Befreiung aus männlicher Vorherrschaft und Förderung der Eigenständigkeit. Dies geschieht unter anderem über Zusammenschlüsse in Form von Textil- und Nahversorgungskooperativen.

Otto Neurath beschreibt Kriegswirtschaft als den einzigen Zustand in dem Vollbeschäftigung/-auslastung herrscht und abseits "des Schmerzes und Jammers" stark zur Entwicklung einer Volkswirtschaft beitragen kann. So war die Selbstverwaltung gezwungen eigene Mühlen zu errichten und Wege zu finde Öl zu raffinieren. Hier wurden Fähigkeiten und Technik gefördert, die bislang keine Rolle in der lokalen Wirtschaft spielten. Die strukturelle Arbeitslosigkeit, die auch Neurath bemängelt wird bei Öcalan als Demokratiedefizit benannt. In seiner Rolle als Philosoph und Politiker nennt er allerdings nicht partizipative Konzepte, die dem entgegenwirken könnten, sondern entgegnet dass jede Person die für die Demokratie lebt und kämpft immer eine Arbeit hätte (Öcalan, 2015).

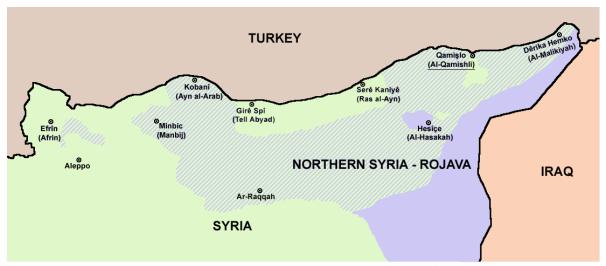
Neurath weist auch auf den volkswirtschaftlichen Nutzen von zerstörerischer Produktion hin, wie sie zu Kriegszeiten üblich ist – sprich die Produktion von Waren deren Nutzen zerstören oder zerstört werden ist. Die Grube aus Keynes' berüchtigtem Gleichnis, in der Geldscheine vergraben werden um Arbeitsplätze zu schaffen, ist bei Neurath der Schützengraben. Dies mag sich für den traditionellen Nationalstaat, der auf ein internationales Kreditsystem und eine zentralisierte Steuererhebung zurückgreifen kann, bewahrheiten. Rojavas Selbstverwaltung befindet sich allerdings nicht in der Position, um von krudem Präkeynesianismus zu profitieren.

# 5.1 Partizipation

Ideologisch ist der Demokratische Konföderalismus, der die Grundlage für die westkurdische Selbstverwaltung darstellt am nächsten mit dem Anarcho-Syndikalismus verwandt. Die beiden eint die gemeinsame Überwindung von Staat und Kapital. Der sowjetische Ansatz sieht die

Übernahme der Staatsmacht durch eine Revolution prioritär. Die darauffolgende Verteilung der Macht auf die Sowjets konnte sich nicht dauerhaft durchsetzen und die Strukturen der Bewegung erlaubten es nicht diese Entwicklung aufzuhalten. Die jugoslawischen Arbeiter innenräte sind tatsächlich in ihrer Konzeption auch mit dem Anarcho-Syndikalismus verwandt, jedoch entsprang diese Konzeption einem seiner verschworenen Feindbilder: Dem Staat. Auch die illyrische Labour-Managed-Firm musste der Marktwirtschaft weichen. Die Abgrenzung vom Stalinismus ließ Tito für Handelspartner innen nach Westen blicken, was eine kapitalistische marktwirtschaftlichere Struktur der Ökonomie verlangte. In der MCC wurde der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit per se nicht aufgehoben - die Rollen werden in einer Person geeint. Ähnlich wie bei den Kooperativen, die einen Subsektor der Selbstverwaltung ausmachen, werden die Erträge nicht nur unter den Beteiligten aufgeteilt sondern auch ein Teil der Erträge dem Aufbau weiterer Kooperativen gewidmet. Der Aspekt der Regionalentwicklung lässt sich in beiden Fällen erkennen.

Russische Fabrikkomitees, jugoslawische Arbeiterinnenräte und die Genossenschaft MCC haben alle drei Betriebsstatuten, auf welchen die Mitbestimmung fußt. Diese werden von einer Vollversammlung bestimmt. In Rojava hat jedoch keine groß angelegte Vergesellschaftlichung des Kapitals stattgefunden.



O - De facto borders of Northern Syria - Rojava (Western Kurdistan), as of March 2020

Abbildung 2 Rojavas Einflussgebiet Stand März 2020

## 5.2 Ausblick

Das Einflussgebiet Rojavas ist seit seiner Ausrufung 2014 signifikant geschrumpft. 2018 startete die türkische Regierung eine Offensive auf den Kanton Afrin, und marschierte nach dem Abzug der US-Truppen auf Befehl von Donald Trump, in das Gebiet zwischen Serêkaniyê und Tal Abyad ein. In den Gebieten außerhalb dieses Streifens patrouillieren russische und türkische Streitkräfte gemeinsam. YPG/YPJ sowie die PYD wurden aus den Gebieten vertrieben, die Selbstverwaltungsstrukturen blieben allerdings weitgehend unberührt. Nach der Einschätzung des Politikwissenschaftlers Thomas Schmidinger wird dies auch bis auf weiteres so bleiben. (Progress, 2019).

# 6 Literatur

- Ali B. (2016). Eroding the State in Rojava. Theory&Event, 1.
- Barwich, F., & Paul Avrich Collection (Library of Congress) (Hrsg.). (1973).

  \*\*Arbeiterselbstverwaltung, Räte, Syndikalismus.\*\* Kramer. Berlin
- Bauer, E. (1964). Jugoslawischer Marxismus und Anarcho-Syndikalismus. *Der Donauraum*, 9(JG), 201–213. https://doi.org/10.7767/dnrm.1964.9.jg.201
- Bookchin, M. (1985). *Die Ökologie der Freiheit: Wir brauchen keine Hierarchien*.

  Beltz.Weinheim Basel
- Carr, E. H. (1991). The Russian revolution: From Lenin to Stalin; (1917-1929).
   Papermac. London
   Ćetković, Predrag. (2015). The Role of Banks in Economic Development in the Former SFR Yugoslavia. The wiiw Balkan Observatory Working Paper No.114
- Devlin, J. F. (1991). The Baath Party: Rise and Metamorphosis. *The American Historical Review*, 96(5), 1396. https://doi.org/10.2307/2165277
- Edelmayer, F. (Hrsg.). (2008). *Anarchismus in Spanien =: Anarquismo en España*. Verl. für Geschichte und Politik [u.a.]. Wien
- El Qorchi, M., Maimbo, S. M., & Wilson, J. F. (2003). *Informal funds transfer*systems: An analysis of the informal Hawala system. International

  Monetary Fund. Washington, DC

Flach, A., Ayboğa, E., & Knapp, M. (2015). Revolution in Rojava: Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo (2., verb. Aufl). VSA-Verl. Hamburg

Garaudy, R. (1975) *The Possibility of Other Models of Socialism Horvat,* B. (Hrsg.). (1975b). *Self-governing socialism: A reader. Vol. 2: Sociology and politics, economics.* International Arts and Sciences Press. White Plains, NY. S. 29-34

Gerlach, E. (1969). Syndikalismus. Barwich, F., & Paul Avrich Collection (Library of Congress) (Hrsg.). (1973). Arbeiterselbstverwaltung, Räte, Syndikalismus. Kramer. Berlin. S.63-75

Gorz, A., & Moldenhauer, E. (2009). *Auswege aus dem Kapitalismus: Beiträge zur politischen Ökologie* (1. Aufl). Rotpunktverl., Chicago

Gubitzer, L./Tödtling, F./Flecker, J. (1985). *Betriebliche Selbstverwaltung* und eigenständige Regionalentwicklung am Beispiel der Genossenschaften von Mondragon. WU Vienna University of Economics and Business.

Gubitzer, L. (1989). *Geschichte der Selbstverwaltung* (1. Aufl). AG SPAK-Publikationen; Aurora. München

Hunnius, G. (1975). Workers' Self-Management in Yugoslavia, Horvat, B. (Hrsg.). (1975b). Self-governing socialism: A reader. Vol. 2: Sociology and politics, economics. International Arts and Sciences Press. White Plains, NY, S.64-76

Kollontai, A. (1921). *The Workers' Opposition in Russia.* Horvat, B. (Hrsg.). (1975a). *Self-governing socialism: A reader. Vol. 1: Historical development, social and political philosophy*. International Arts and Sciences Press. White Plains, NY. S.181-188

Lemân, G., 1973. Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Köln.

Lodziak, C., & Tatman, J. (1997). *André Gorz: A critical introduction*. Pluto Press. Chicago

http://catalog.hathitrust.org/api/volumes/oclc/36042230.html

Music, G. (2012). *Jugoslawien: Arbeiterselbstverwaltung als staatliches Prinzip.* Azzellini, D. (Hrsg.). (2012). "Die endlich entdeckte politische Form": Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute (Dt. Erstausg., 1. Aufl). ISP-Verl. Köln. S.216-239

Neurath, O., 1919. Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München: Callwey.

Nove, A. (1972). *An economic history of the U.S.S.R*. Penguin. Harmondsworth Öcalan, A. (2015). *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* (R. Heider, Übers.; 2. Auflage). Mezopotamien Verlags GmbH. Neuss

Öcalan, A., & Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan. (2012). *Demokratischer Konföderalismus* (1. Auflage). Mesopotamien-Verlag.Köln

Pankaratova, A. (1975). Works Committee in Russia in the Period of Revolution (1917-1918). Horvat, B. (Hrsg.). (1975a). Self-governing socialism: A reader. Vol. 1: Historical development, social and political philosophy. International Arts and Sciences Press. White Plains, NY.S 163-173

Pašić, N. (1975) The Idea of Direct Self-managing Democracy and Socialization of Policy-making. Horvat, B. (Hrsg.). (1975b). Self-governing socialism: A reader. Vol. 2: Sociology and politics, economics. International Arts and Sciences Press. White Plains, NY. S.34-41

- Wilgenburg, W. van, & Allsopp, H. (2019). *The Kurds of Northern Syria: Governance, Diversity and Conflicts*. I. B. Tauris & Company, Limited.
- Schmidinger, T. (2018). *Rojava: Revolution, war, and the future of Syria's Kurds* (M. Schiffmann, Übers.). Pluto Press. London
- Schmidinger, T. (2019). "Die Welt hat uns vergessen": Der Genozid des "Islamischen Staates" an den JesidInnen und die Folgen. Mandelbaum Verlag. Wien
- Sportello, D. (2016). Rojava: Ist der Aufstand gekommen? bahoe books. Wien
- Stein, E. (1980). *Arbeiterselbstverwaltung: Lehren aus dem jugoslawischen Experiment*. Bund-Verlag. Köln
- Tank, P. (2017). Kurdish Women in Rojava: From Resistance to Reconstruction.

  \*Die Welt des Islams, 57(3-4), 404-428.\*

  https://doi.org/10.1163/15700607-05734p07
- Thiele, M., Thomas, T., & Virchow, F. (Hrsg.). (2010). *Medien Krieg Geschlecht: Affirmationen und Irritationen sozialer Ordnungen* (1. Aufl). VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Zelik, R., & Mandelbaum Verlag Michael Baiculescu. (2019). *Die Linke im Baskenland: Eine Einführung*.Berlin
  - Županov, J. (1975). *Participation and Influence*. Horvat, B. (Hrsg.). (1975b). *Self-governing socialism: A reader*. *Vol. 2: Sociology and politics, economics*. International Arts and Sciences Press. White Plains, NY. S.76-88.

# **Online Quellen**

- Civaka Azad. (2014, Februar 16). *Das Wirtschaftsmodell in Rojava*.

  https://civaka-azad.org/das-wirtschaftsmodell-in-rojava/. https://civaka-azad.org/das-wirtschaftsmodell-in-rojava/
- Corporación Mondragon. (2019). Mondragón Corporación Cooperativa. https://www.mondragon-corporation.com/es/
- Kurdish Institue of Brussels. (2014). Charter of the Social Contract.

  https://www.kurdishinstitute.be/en/charter-of-the-social-contract/

  Progress (2019, Dezember 30). *Au Revoir Rojava?* progress online.

  https://www.progress-online.at/artikel/au-revoir-rojava
- Salloum, R. (2020, August 2). *Türkei dreht Syrien das Wasser ab*. Spiegel Politik. https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-dreht-syrien-das-wasser-ab-machtkampf-in-nahost-a-626d23dd-9c2d-448f-adfb-6191e0f6c086
- Schamberger, K. (2018, Mai 4). *Kooperativen gegen Kapitalismus*. Neues

  Deutschland. <a href="https://www.neues-deutschland.de/artikel/1087226.rojava-in-syrien-kooperativen-gegen-kapitalismus.html">https://www.neues-deutschland.de/artikel/1087226.rojava-in-syrien-kooperativen-gegen-kapitalismus.html</a>
- Wimmer, C. (12.08.2022) Angriffe in Nord- und Ostsyrien: "Krieg niedriger Intensität". Taz.de https://taz.de/Angriffe-in-Nord--und-Ostsyrien/!5870762/

# 7 Anhang

# The magnitude of economic losses due to the Turkish invasion

#### From 2019.10.09 until 2019.11.05

Agriculture is the main pilar of the regional economy because is the solid sector. The Turkish attacks. The crops that were produced by the population have been looted. In this way, the attacks against the agricultural fields have been committed in a control way.

#### Looses because of the Turkish attacks perpretated in the region:

- The area the agricultural land in Tel Abyad was 4,750,000 donim. From these:
- 1. The area the agricultural land in Tel Abyad was 4,750,000 donim. From these:
  - 600,000 donim were irrigated land.
  - 4,150,000 donim were non-irrigated land.
- 2. The area of the agricultural land in Sere Kaniye was 1,440,000 donim. From these:
  - 16,650 donim were dedicated to barley.
  - 7,650 donim were dedicated to non-irrgated wheat.
  - 3,175 donim were dedicated to irrigated wheat.
  - 42,000 donim were dedicated to bottom.
- Silos from the regions that have been attacked were pillaged.
- 1. Silo Dehliz in Tel Abyad: 700 tones of wheat and 21,000 tones of barley.
- 2. Silo Sakhirat in Tel Abyad: This Silo, that was destroyed, contained more than 11,700 tons of wheat.
- 3. Amount of clean seeds in Tel Abyad: 800
- 4. Silo Aliye: 15,000 tones of genim
- 5. Silo Safih: 9,000 tones of wheat
- 6. Silo Mabruka: 1,500 tones of sieve wheat and ready for agriculture.
- 7. Between the Silos of Sefih and Mebruka there were 12,000 tones of barley
- Total amount of the wheat contained in the silos of sere Kaniye and Tel Abyad was 42,700 tones in addition of 2,300 tones of seeds.
- Total amount of barley contained in Sere Kantye and Tel Abyad was 33,000 tones.
- The amount of bottom stolen in the Silo Sefih of Sere Kaniye was 2,600 tones.
- Of course there were fertilizers in the depos.

n 🎤

' '

Navenda

Ragihandina

A b o r î

Fertilizers that occupying Turkish forces with its proxies have pillaged in the regions of Sere Kaniye and Tel Abyad:

- Fertilizers in the depos in Tel Abyad:
  - 1. Yara fertilizers: 600 tones
  - 2. Sulphur phosphate: 1000 tones
- Fertilizers in the depos of Sere Kaniye
- 1. Barid fertilizers (in the Aliye's depos): 1,250
- 2. Barid fertilizers (in the Sefih depos): 1,000
- The total amount of fertilizer in the depos of Sere Kaniye and Tel Abyad was 3,200 tones or 3,850 tones??.

#### Livestock assets

The livestock assets in Sere Kaniye and Tel Abyad that were pillage by the occupying Turkish forces and its proxies:

#### Tel Abyad:

- 1. Cows: 2,000 count
- 2. Goats and sheps: 70,000 count

#### Sere Kaniye:

- 1. Cows: 4,370 count
- 2. Sheps: 121,000 count
- 3. Goats: 81,000 count
- The total number of pillaged livestock assets in both regions was 278,370.

## Water sources in both regions

River and springs in Sere Kaniyes

Khabur river: This river flows from many springs of Sere Kaniye. These are the springs and wells:

- 1. Kibrite spring
- 2. Hisan spring (also called hesp spring) and and North Zerka spring (also called shin spring).
- 3. South Zerga spring, Malihe spring and Fewar spring.

## The main sources of potable water are:

- 1. Water production of Kibrit spring: 20,000 L/h 1
- 2. Water production of North Zerka spring: 8,000 Wh

Navenda Ragihandina Abor

Wells in Sere Kaniye:

- 1. Number of wells for agricultural consumption: 40
- 2. Number of wells for domestic consumption: 37
- 3. Total number of wells: 77

#### River and spring of Tel Abyad:

- 1. Arus spring (main spring in Tel Abyad)
- 2. Balikh river
- 3. Fermokh river.
- 4. Hashishe river
- The number of the authorized mechanical water extractions from these rivers and sources was 4,100.

#### The effects of the Turkish attacks on cross-border trade in Semalka and Siwediya:

The cross-border trade continued despite the Turkish attacks. Imports and exports also continued. This movement, that before had reached its maxium, during the attacks returned to the half. As a result of the Turkish threats some merchaint stopped trading altogether. According to our informations, most of goods can be found in the Rojava region, though the price of some goods have increased abnormaly and other are not available anymore. Some stock has been held in depos in order to increase prices.

#### Prices comparison before and after the Turkish attacks:

Before the attacks	Once the attacks started
Sugar: 375-400 SYP/kg	Sugar: 500 SYP/kg
Vegetalble oil 1,800 SYP 4L	Vegetable oil 2900 SYP/4L
Cleaning products 1700 SYPG	Cleaning products 1900 SYP
Milk powder "Nido" 1400 SYP/L	Milk Nido 1700 LS
Macaroni 125-150 SYP	Macaroni 200 SYP
Sunflower oil "Zer" 9600 SYP/Pack	Sunflower oil "Zer" 10400 SYP/Pack

Some goods like coffee and canned foods, such as tuna and sardines, increased by 100 SYP. In fact, most of the goods increased by 100-150 SYP. Some kinds of tea and rice are not available on the market. The merchaints monopolized the market of certain products such as sugar.

### Trade and manufacturing retailers

There were trade and manufacturing retailers to the regions of Tel Abyad and Sere Kaniye, which were pillaged by the Turkish occupying forces and its proxies, as it follows:

- 1. **Tel Abyad:** The total number of shops was approximately 800-1,000. 300 were manufacturing shops, 57 were trade retailers and the rest were general retails.
- 2. **Sere Kaniye:** The total number of shops was 1,200. 500 were manufacturing shops, 400 trade retailers and 500 general retailers.

# Bakery N a v e r î

There were many bakeries in the regions of Tel Abyad and Sere Kaniye which later were pillaged by the Turkish occupying forces and its proxies. n d a R a g i h a n d i n a A b o r î

1. Bakeries of Sere Kaniye

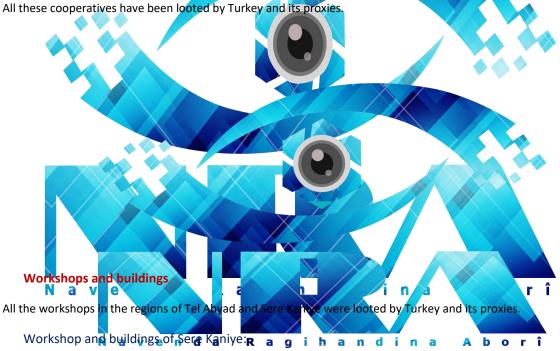
1

Bakery's name	Flour consume
Seqir Kureish	950 kg/day
Firat	950 kg/day
Huriye	900 kg/day
Hilaliye Jedide	3950 kg/day
Alok	5750 kg/day
Amiriye	1300 kg/day
Selam	300 kg/day
Shuheda	3150 kg/day
Mesopotamia	300 kg/day
Mabruka	2500 kg/day
Menajir	5000- 6000 kg/day
Total	14 tones/day

In the region of Tel Abyad the total number of bakeries was 17. They used 400 tones of flour to produce bread.

## **Cooperatives:**

As in the entire North and East Syria, in the regions of Tel Abyad and Sere Kaniye many cooperatives were established. In Tel Abyad approximately 9 cooperatives were established. Approximately 300 families benefited from these cooperatives. In Sere Kaniye the cooperatives focused on agriculture; as a result, tens of agricultural cooperatives were established. Also, there were some women's cooperatives, especially the Mesopotamia bakery.



Propertier	Building type	Address		
Amar Abdu and associateds	Bulgur factory	Sere Kaniye, way to Tel Halaf		

Ahmed Izedin Abdulah	Grain process station	Sere Kaniye- Alok
Hasen Ali Shekho	Sugar shop	Sere Kaniye- Kerach Hajiz
Muhammad Nayif Meo	Grain process station	Sere Kaniye- Before Sinaha
Muhammad Nayif Meo	Cotton factory	Sere Kaniye- Before Sinaha
Khaled Abdulhamid Jawish	Cotton factory	Sere Kaniye- Safeh
Khaled Abdulhamid Jawish	Grain process station	Sere Kaniye- Safeh
Fadi Hamid Muhammad	Ice factory	Sere Kaniye- Aliye
Amar Abdu and associateds	Oil press	Sere Kaniye- Tel Halaf
Mihemed Nayîf Meo	Industrial scale	Sere Kaniye- Um Jefre
Muhammad Nayif Meo	Chip's factory	Sere Kaniye- Ekar Nedas
Rodi Ismet Lali	Chip's factory	Sere Kaniye
Ferech Jasim Abdu	Grain process station	Sere Kaniye- Diwelan
Abduljabar Sioud	Industrial bakery	Sere Kaniye- after the Tel Halaf
		municipality

# Workshop and buildings of Tel Abyad

Type of building	Address	Account
Grain process station	Tel Abyad	7
Industrial bakery	Tel Abyad	5
Ice factory	Tel Abyad	8
Brick's workshop	Tel Abyad	42
Confectioners	Tel Abyad	5
Pipe's workshop	Tel Abyad	6
Premsa vegetal oil	Tel Abyad	1
Chip's factory	Tel Abyad	1
Cotton process station	Tel Abyad	4
Chicken's farm	Tel Abyad	X 28
Pipes libokên factory	Tel Abyad	3
Cleaning products workshop	Tel Abyad	3
Icecream workshop	Tel Abyad	4

The total number of workshops in Sere Kaniye and Tel Abyad was 131.

# A count of IDPs from Tel Abyad and Sere Kaniye

# Displaced from Serê Kaniyê:

Regions of displacem	ent					Numbe	r of	pec	ple	acc	cou	nte	d)	Count of people (writen)
Hesekeh		131,000						7		Hundred thirty-one thousand				
Streets and schools o	f Tel	Tan	ner			11,836	Z				Ø	/		Eleven thousand eight hundred thirty-six
Derbesiye						<b>3,</b> 500						$\langle \cdot \rangle$	4	Three thousand five hundred
Qamishlo N	a	V	е	n	d	<b>2</b> ,676	R	a	g		h	а	n	d Thousand six hundre dese venty-sik
Lege	1,188			Thousand hundred eighty-eight										
Derik						300								Three hundred

Camps in Kurdistan Region (Iraq)	13,000	Thirteen thousand
Total number	162,500 displaced	Hundred sixty-two thousand five

The total of number of displaced from Sere Kaniye is 162,500. It includes women and children. See the following:

- 1. 90,000 women
- 2. 45,000 children (girls and boys)
- 3. 500 pregnant and breast feeding women
- 4. 960 babies
- 5. 219 handicap people (female and male)
- 6. 38 children separated from their families

The psicological situation of some women and children is very unstable after the trauma they experienced in the attacks and displacement. The lack of options and future perspectives facilitates an apprehension.

#### **Tel Abyad IDPs**

There are an estimated 3,000 families. It includes children, women and the ederly. Most of them are currently in Raqqa, Ain Aysa and Kobane. Many of them are staying in schools and other public buildings.

